

aus
politik
und
zeit
geschichte

beilage
zur
wochen
zeitung
das parlament

Richard Löwenthal
Die nachrevolutionäre Ära
in der Sowjetunion
und in China

Siegfried Jenkner
Entwicklung und Stand
der Totalitarismusforschung

Gert-Joachim Glaeßner
Neue Konzepte
der Kommunismusforschung

ISSN 0479-611 X

B 31/84
4. August 1984

Richard Löwenthal, Dr. phil., geb. 1908; 1961—1974 Professor für Theorie und Geschichte der auswärtigen Politik an der Freien Universität Berlin; nach der Emeritierung zahlreiche Gastprofessuren an amerikanischen und israelischen Universitäten sowie Forschungsjahre in England und Amerika.

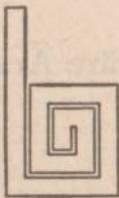
Veröffentlichungen u. a.: Chruschtschow und der Weltkommunismus, Stuttgart 1963 (Übersetzungen in vielen Sprachen); Model or Ally: The Communist Powers and the Developing Countries, New York 1978; Weltpolitische Betrachtungen, Göttingen 1983.

Siegfried Jenkner, Dr. disc. pol., Dipl.-Sozialwirt, geb. 1930; sozialwissenschaftliches Studium in Leipzig, Kiel und Wilhelmshaven; Professor für Politikwissenschaft an der PH Niedersachsen, Abt. Hannover (ab 1978 Fachbereich Erziehungswissenschaften I der Universität Hannover).

Veröffentlichungen u. a.: Arbeitsteilung, allseitige Entwicklung des Menschen und polytechnische Bildung, Braunschweig 1966; Klassenbildung und Sozialschichtung (hrsg. zus. mit B. Seidel), Darmstadt 1968; Wege der Totalitarismusforschung (hrsg. zus. mit B. Seidel), Darmstadt 1974²; Zur Legitimationsproblematik bildungspolitischer Entscheidungen (hrsg. zus. mit G. Stein), Saarbrücken 1976; Die Schule in der freiheitlichen demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik, Hannover 1980; Totalitarismus, in: W. W. Michel (Hrsg.), Handlexikon zur Politikwissenschaft, München 1983.

Gert-Joachim Glaebner, Dr. rer. pol., geb. 1944; Privatdozent für Politikwissenschaft an der Freien Universität Berlin.

Veröffentlichungen u. a.: Herrschaft durch Kader. Leitung der Gesellschaft und Kaderpolitik in der DDR am Beispiel des Staatsapparates, Opladen 1977; Macht durch Wissen. Zum Zusammenhang von Bildungspolitik, Bildungssystemen und Kaderqualifizierung in der DDR. Eine politisch-soziologische Untersuchung (zusammen mit Irmhild Rudolph), Opladen 1978; Sozialistische Systeme. Einführung in die Kommunisten- und DDR-Forschung, Opladen 1982; Die Bundesrepublik in den siebziger Jahren. Versuch einer Bilanz (hrsg. zusammen mit Jürgen Holz/Thomas Schlüter), Opladen 1984.



Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung,
Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn 1.

Redaktion:

Holger Ehmke, Paul Lang, Dr. Gerd Renken, Karl-Heinz Resch.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstr. 62—65, 5500 Trier, Tel. 0651/4604-0, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 14,40 vierteljährlich einschließlich Mehrwertsteuer; bei dreiwöchiger Kündigungsfrist zum Quartalsende;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 6,50 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Die nachrevolutionäre Ära in der Sowjetunion und in China

I.

Die großen kommunistischen Bewegungen unseres Jahrhunderts haben sich, soweit sie aus eigenen Kräften und nicht durch die äußere Einwirkung schon bestehender kommunistischer Staaten zur Macht gekommen sind, lange durch eine Tendenz ausgezeichnet, die in der Geschichte der politischen Umwälzungen neu ist, nämlich die Tendenz, den Prozeß der Revolution zu institutionalisieren, die Legitimation der einmal gewonnenen Macht nicht in der Stabilisierung der gesellschaftlichen Verhältnisse auf der neu geschaffenen Grundlage, sondern in immer neuen gewalttätigen Veränderungen ihrer Struktur zu suchen. Das Wirksamwerden dieser Tendenz beruhte einerseits auf dem diesen Bewegungen zugrunde liegenden, im strikten Sinne des Wortes „utopischen“, das heißt für Menschen auf dieser Erde unerreichbaren Ziel einer konfliktfreien Gesellschaft — auf dem Charakter der kommunistischen Ideologie als einer Diesseitsreligion, deren Anhänger sich dem unerreichten Ziel durch immer radikalere Gewaltmaßnahmen zu nähern suchen (wie das im Ansatz schon beim Versuch der Verwirklichung der rousseauistischen Utopie in der großen französischen Revolution zu erkennen war). Es beruhte andererseits auf der historisch neuen Machtstruktur des modernen Einparteistaates, dessen „totalitäres“ Monopol der politischen Entscheidungen, der gesellschaftlichen Organisation und der Information bei gleichzeitiger Freiheit von allen rechtlichen Beschränkungen der Staatsgewalt (was die jederzeitige Möglichkeit staatlich ausgeübten Terrors einschließt) die Fortdauer solcher Regime trotz aller von ihnen verursachten Leiden und Enttäuschungen bisher ermöglicht hat, so daß an Stelle des aus der französischen und vorher der englischen Revolution bekannten Zyklus von Radikalisierung, Gegenrevolution und späterer Normalisierung eben die Tendenz zur jahrzehntelangen Institutionalisierung der Revolution trat¹⁾.

¹⁾ Ich habe die Tendenz zur Institutionalisierung des revolutionären Prozesses in eigenständigen kommunistischen Systemen zuerst 1960 in meinem Artikel „Totalitäre und demokratische Revolution“ als ein Wesensmerkmal der spezifisch „totalitären“ Dynamik behandelt (vgl. Der Monat, 13 [1960] 146). Seither auch in: B. Seidel/S. Jenker (Hrsg.), Wege

In diesem Sinne konnte es jahrzehntelang erscheinen, als sei insbesondere den führenden kommunistischen Großmächten, der Sowjetunion und der chinesischen Volksrepublik, die Erfindung des revolutionären *Perpetuum mobile* gelungen. Doch dies ist trotz der bemerkenswerten Lebensdauer beider Regime in der Tat nicht der Fall: Die Regime haben sich behauptet, doch der revolutionäre Impuls ist schließlich in beiden erloschen²⁾ — nur eben, im Unterschied zu den „bürgerlichen“ oder „demokratischen“ Revolutionen der Vergangenheit, ohne gegenrevolutionären Umsturz. Der entscheidende Grund dafür liegt m. E. darin, daß die großen originären kommunistischen Bewegungen, die ja nur in seinerzeit unterentwickelten Ländern siegreich gewesen sind, von vornherein stets zwei einander teilweise widersprechende Triebkräfte hatten: Neben dem ideologischen Motiv der Herbeiführung der klassenlosen, konfliktfreien Gesellschaft stand notwendig das primär ökonomische, aber auch außenpolitisch wesentliche Motiv der nationalen Modernisierung. In manchen Fragen wirken beide Triebkräfte in der gleichen Richtung — etwa wenn es sich um die Beseitigung eines vormodernen und parasitären Großgrundbesitzes handelt, die zugleich der sozialen Gerechtigkeit und der wirtschaftlichen Modernisierung eines Landes dienen kann. Aber in vielen anderen Fragen, wie der Zweckmäßigkeit einer „Kollektivierung“ bäuerlicher Betriebe oder der weitergehenden Schaffung von „Volkskommunen“, der Auswahl für verantwortliche Positionen in Politik und Wirtschaft nach sozialer Herkunft und Gesinnung oder nach Fähigkeit und Leistung, der Erziehung zur Arbeit durch Zwang und Propaganda bei gleicher Entlohnung oder durch differenzierte materielle Anreize, tendieren ideolo-

der Totalitarismusforschung, Darmstadt 1974², S. 359—379.

²⁾ Der Begriff des „Erlöschens“ von revolutionären Regimen stammt von Robert Tucker, in: *Toward a Comparative Politics of Movement Regimes*, 1961; deutsch: „Auf dem Weg zu einer vergleichenden politikwissenschaftlichen Betrachtung der „Massenbewegungsregime“, in: B. Seidel/S. Jenker (Anm. 1), S. 382—404. Er wird dort aber nur auf nichtkommunistische Regime mit schwächerer Ideologie, z. B. in der Dritten Welt, angewandt.

gisch-egalitäre Motive und Modernisierungsmotive häufig zu entgegengesetzten Schlüssen; und sie haben in der Sowjetunion wie in China wieder und wieder zu Konflikten innerhalb der herrschenden kommunistischen Parteiführungen geführt³⁾. Im einzelnen haben sich diese Konflikte in beiden Ländern ganz verschieden entwickelt; im Ergebnis können wir heute sagen, daß das Modernisierungsmotiv zuerst in der Sowjetunion und später auch in China endgültig die Oberhand gewonnen hat — so daß beide seither in ihre nachrevolutionäre Ära eingetreten sind⁴⁾.

Wie schon gesagt, hat sich dieser Prozeß in beiden Ländern ohne einen „gegenrevolutionären“ Umsturz, in Kontinuität der kommunistischen Parteiherrschaft vollzogen. Doch seine Etappen sind in beiden Fällen durch wiederkehrende innere Konflikte in den Parteiführungen gekennzeichnet gewesen; und diese Konflikte haben in beiden Fällen zu be-

deutenden, wenn auch verschieden langen Phasen der teilweisen Lähmung der Institutionen der Parteiherrschaft und zur Errichtung eines persönlichen Despotismus — oder doch eines Versuchs dazu — geführt, der sich über diese Institutionen erhob. Besonders bemerkenswert ist dabei die Tatsache, daß nach dem Tode des Despoten Stalin und des Nahezu-Despoten Mao Zedong die Institutionen der Parteiherrschaft in beiden Ländern wiederhergestellt worden sind. Doch das Beharrungsvermögen der Institution erwies sich als größer als das Beharrungsvermögen der Ideologie, die ursprünglich diese Institution inspiriert hatte: In der Tat hat sich die endgültige Abkehr des kommunistischen Regimes vom Prozeß der institutionalisierten Revolution in Rußland wie in China *nach* dem Tode des Despoten oder Nahezu-Despoten im Rahmen der wiederhergestellten Parteiherrschaft vollzogen.

II.

Nach dieser einleitenden Skizzierung des Gesamtprozesses der Entwicklung kommunistischer Staaten von der „institutionalisierten Revolution“ zur „nachrevolutionären Ära“ und der Rolle von Entstehen und Vergehen von Phasen des persönlichen Despotismus oder einer Annäherung daran in diesem Prozeß soll im folgenden ein Überblick über die Hauptphasen beider Prozesse in der Sowjetunion und in China gegeben werden⁵⁾.

Wie schon erwähnt, war die Enteignung des Großgrundbesitzes zugunsten der Bauern am Beginn der Revolution in beiden Ländern sowohl eine egalitäre wie eine potentiell entwicklungsfördernde Maßnahme. Dagegen wußten sowohl Lenin wie Mao Zedong, daß eine ebenso schnelle Enteignung der Indu-

striellen, die oft als Manager nicht kurzfristig zu ersetzen waren, entwicklungshemmend wirken mußte. Lenin versuchte daher anfangs, sich mit einer „Arbeiterkontrolle“ der industriellen Produktion ohne Enteignung zu begnügen — doch die Konflikte des russischen Bürgerkrieges erzwangen eine solche innerhalb kurzer Frist. Mao versprach anfänglich den Unternehmern, die nicht direkt mit dem gestürzten Guomindang-Regime verwickelt waren, ausdrücklich die Schonung ihres Eigentums; doch unter dem Druck der Kosten des Koreakrieges führte er schnell zuerst hohe Zwangsabgaben, dann Staatsbeteiligung an den Fabriken und dann Verstaatlichung mit dem Angebot an die Unternehmer ein, als Manager zu verbleiben.

Die Idee der Kollektivierung des Bauernlandes war von Lenin in seinem letzten Lebensjahr, als die Bauern unter der „Neuen Ökonomischen Politik“ ihre Produkte frei verkaufen konnten, als langfristige Perspektive für einen freiwilligen Zusammenschluß zu einer Zeit konzipiert worden, da die staatliche Industrie im Stande sein würde, den Kollektiven moderne Maschinerie zur Verfügung zu stellen. Doch in den Jahren nach Lenins Tod veranlaßte die Entstehung einer neuen Oberschicht erfolgreicher Bauern und deren wachsender Einfluß in den Dörfern zuerst die „linke Opposition“ in der KPdSU, härteren Druck auf die bäuerliche Oberschicht zu fördern; und Ende 1927 begann Stalin selbst, diesen „Kulaken“ die Schuld für die wachsenden Schwierigkeiten der Getreideablieferung zu staatlich fest-

³⁾ Ich habe diesen Grundkonflikt eigenständiger kommunistischer Regime zuerst ausführlich in meinem Essay „Development vs. Utopia in Communist Policy“, in: Ch. Johnson (Ed.), *Change in Communist Systems*, Stanford (Cal.) 1970, behandelt.

⁴⁾ Das Eintreten der Sowjetunion in die „nachrevolutionäre Ära“ habe ich zuerst in meinem Artikel „The Revolution withers away“, in: *Problems of Communism*, (1965) Jan./Febr. (deutsch jetzt in: R. Löwenthal, *Weltpolitische Betrachtungen*, Göttingen 1983, S. 95—109), und in meiner 1966 verfaßten Nachschrift zu dem in Anm. 1 genannten Beitrag zu Wege der Totalismusforschung (l. c. S. 379—81) behandelt. In meiner in Anm. 3 zitierten Schrift habe ich den Vorgang in die Gesamtentwicklung der Sowjetunion hineingestellt und für China als möglich bezeichnet (vgl. vor allen l. c., S. 101/102).

⁵⁾ Für eine umfassendere Darstellung des Gesamtthemas vgl. jetzt meinen Beitrag „Jenseits des Totalitarismus?“, in: D. Hasselblatt (Hrsg.), 1984 — *Orwells Jahr*, Berlin 1984, S. 204—269.

gesetzten Preisen zuzuschieben und 1928/29 eine brutale Wendung zur „Entkulakisierung“ und Zwangskollektivierung durchzusetzen, die er später selbst als eine „zweite Revolution, doch diesmal von oben“, bezeichnete. Die Folge waren die Deportation von Millionen von Bauern in Arbeitslager, eine Hungersnot im Jahre 1932 und eine jahrzehntelang nachwirkende Verringerung des sowjetischen Viehbestandes.

In China versuchte Mao Zedong in Kenntnis dieser Vorgänge zunächst, die Kollektivierung des Bauernlandes langsam, auf drei Fünfjahrespläne verteilt, vorzunehmen, doch auch er reagierte auf zeitweilige Mangelerscheinungen 1954 mit der Durchführung nahezu des ganzen Prozesses im Laufe von zwei Jahren! Dennoch scheint der Prozeß dieser „zweiten Revolution“ in China weniger brutal als in der Sowjetunion gewesen zu sein; er hatte auch weniger katastrophale Folgen. Doch eine 1956 beschlossene, überfällige Erhöhung der Löhne der Industriearbeiter führte 1957/1958 zu einem raschen Ansteigen der Landflucht in die Städte, wo die Industrie die Neulinge aus Kapitalmangel nicht absorbieren konnte. Mao reagierte 1958 mit einer „dritten Revolution“: Die Kollektive ganzer Landkreise wurden unter extrem egalitären Bedingungen zu „Volkskommunen“ zusammengefaßt, in denen ihre Mitglieder neben der Landarbeit lokale Industrien einschließlich primitiver Hochöfen aufbauen und überdies Bewässerungsarbeiten durchführen, militärisch ausgebildet und politisch geschult werden sollten; zugleich erhielten sie überwiegend gleiche Naturallöhne, und die Einspannung auch der Bauernfrauen in den ganzen „revolutionären“ Prozeß ließ kaum mehr Raum für das Familienleben. Die wirtschaftlichen Ergebnisse waren so verheerend, daß erste Korrekturen schon nach einem Jahr angeordnet wurden, doch die Folgen blieben ernst.

Im Bemühen um forcierte Industrialisierung haben Stalin und Mao zum Teil sehr verschiedene Methoden angewandt, obwohl die allgemeine Industriepolitik Chinas sich noch in dem 1952 begonnenen ersten Fünfjahresplan weitgehend am sowjetischen Vorbild orientierte. Die Unterschiede zeigten sich jedoch bald nach Stalins Tod vor allem in der Einschätzung des relativen Gewichts der aus dem revolutionären Kampf hervorgegangenen politischen und der nach der Machtergreifung ausgebildeten technisch-ökonomischen Eliten und in der Bewertung differenzierter materieller Anreize zur Arbeitsleistung.

Stalin hatte nach einem wenig erfolgreichen Versuch forcierter technischer Ausbildung von gesinnungsfesten Arbeitersöhnen mit geringer Schulbildung am Beginn seines ersten Fünfjahresplans schon nach zwei Jahren begonnen, die Anforderungen an die Vorbildung zu erhöhen und die Barrieren gegen „bürgerliche“ Herkunft zu senken. In dem Maße, wie sich ein Konflikt zwischen vorrevolutionären politischen und nachrevolutionären technischen Eliten ankündigte, begünstigte er mehr und mehr die letzteren und benutzte seine Blutsäuberung von 1936 bis 1938 unter anderem zur Liquidierung vieler anfänglichen „roten Direktoren“ und zur Beförderung der neuen Generation, deren Loyalität mehr auf begründeter Furcht als auf ideologischer Überzeugung beruhte.

Schon aus dem Jahre 1931 stammt Stalins grundlegende Stellungnahme gegen die „Gleichmacherei“ in der Lohnpolitik, die in der Folgezeit jahrelang zu einer extremen Niedrighaltung der Einkommen der ungelerten Arbeiter führte, die erst nach Stalins Tod — gleichzeitig mit dem Rückgang der Massenbedeutung der Zwangsarbeit in den Lagern — gemildert wurde.

Mao Zedong ist dagegen seit dem „Großen Sprung vorwärts“ von 1958, der parallel mit der Schaffung der Volkskommunen auf dem Lande das Wachstum der industriellen Produktion beschleunigen sollte, für die Unterstellung der Betriebsleiter unter die lokalen und regionalen Parteifunktionäre in allen wichtigen Entscheidungen eingetreten. Seine Formulierung, daß Betriebsleiter und Ingenieure „sowohl rot wie sachkundig“ sein müßten, wirkte sich eindeutig zugunsten der Ideologie und auf Kosten der Sachkunde aus. In dieselbe Richtung wirkte seine Aufforderung der frühen sechziger Jahre, alle sollten von der Armee lernen — eine Armee, die starke Guerrilla-Traditionen und wenig moderne Waffen hatte. Vor allem aber wurde Mao seit dem Beginn seiner außenpolitischen Differenzen mit Chruschtschow zunehmend überzeugt, daß die ideologische Entartung der Sowjetunion wesentlich auf dem „kapitalistischen Geist“ ihrer materiellen Anreizpolitik — auf der Akzeptierung des homo oeconomicus — beruhe, und daß die revolutionäre Zukunft Chinas nur durch die Änderung des Bewußtseins der Massen im Sinne eines Primats ideologischer Anreize zu sichern sei: Hier liegt die tiefste Wurzel seiner letzten Revolution — der „Großen Proletarischen Kulturrevolution“.

Unter westlichen Kennern der sowjetischen Entwicklung wird häufig die Ansicht vertre-

ten, daß das Absterben der institutionalisierten Revolution in der Sowjetunion bereits unter Stalin vollendet worden sei: Zur Begründung wird auf seine Liquidierung des Großteils der revolutionären Elite in der Blutsäuberung von 1936 bis 1938 und auf die Konzessionen hingewiesen, die Stalin im Zweiten Weltkrieg an die ideologischen Traditionen des großrussischen Nationalismus und der orthodoxen Religion, aber auch an die ökonomischen Bedürfnisse der Bauernschaft machte. Doch der Elitenwechsel, der selbst eine Form der „Revolution von oben“ war, hat nicht verhindert, daß die ideologischen Zügel bald nach Kriegsende in der Shdanow-Ära wieder straff angezogen und den Kollektivbauern, die sich im Kriege in aller Stille Geräte und Vieh aus dem gemeinsamen Besitz privat angeeignet hatten, diese „Erwerbungen“ prompt wieder weggenommen wurden. Von 1950 an folgte dann die — von Chruschtschow als neuem Agrarspezialisten des Politbüros durchgeführte — Zusammenlegung der Kolchosen in größere Einheiten, die ihre Zahl bis Ende 1952 auf ein Drittel reduzierte und damit zwar nicht, wie Chruschtschow gehofft hatte, ihre Leistungsfähigkeit erhöhte, wohl aber die Parteikontrolle über ihre Leitung wesentlich festigte. Anfang 1951 kündigte Chruschtschow dann eine weitere grundsätzliche Umwälzung an — eine Umsiedlung der in den neuen Großkolchosen zusammengefaßten Bauern in neue zentrale „Agrostädte“, die ihnen ein reicheres Kulturleben um den Preis des Verlusts ihrer bisherigen privaten Bodenstücke gegen wesentlich reduzierten Ersatz bringen sollte. Doch dieses neue revolutionäre Projekt ist erstmals an breitem Widerstand innerhalb der Parteiführung gescheitert, die sowohl die Beschaffbarkeit der notwendigen Baumaterialien bezweifelte, als auch die Folgen für Loyalität und Produktivität der Bauern fürchtete. Dieser Widerstand und die Tatsache, daß Stalin in diesem Fall Chruschtschows Projekt ohne Versuch der Durchführung fallen ließ, zeigen in der Tat, daß Anfang der fünfziger Jahre der Endkampf um den Vorrang der ökonomischen Notwendigkeiten über die Fortsetzung der institutionalisierten Revolution in der Sowjetunion begonnen hatte. Aber Stalin hatte die Hoffnung auf weitere gewaltsame Schritte zur Verwirklichung der Utopie noch nicht aufgegeben.

Das wurde deutlich, als Stalin in seiner am Vorabend des 19. Parteitags der KPdSU veröffentlichten letzten Schrift — „Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR“ — das Projekt einer viel radikaleren revolutionären Umwälzung veröffentlichte: Die Gefahr eines Wiederauftretens kapitalistischer Ten-

denzen, so erklärte er, würde so lange bestehen, wie die Kolchosen als Eigentümer ihrer Produkte in Marktbeziehungen mit dem Staat und dem industriellen Sektor verbunden seien. Nur die Ersetzung dieser Marktbeziehungen durch organisierten Austausch ländlicher und städtischer Produkte im Rahmen eines staatlichen Verteilungsapparats könne die Voraussetzungen einer Weiterentwicklung der „sozialistischen“ Sowjetgesellschaft zu der angestrebten „höheren Stufe des Kommunismus“ schaffen. Wie die einzelnen Briefe und Aufsätze in diesem letzten theoretischen Werk Stalins erkennen lassen, war die Verwirklichung dieser Utopie ihm im Laufe des Jahres 1952 von Monat zu Monat immer dringender erschienen. Doch sie wurde auf dem 19. Parteitag nicht systematisch diskutiert, geschweige denn zum Beschluß erhoben. Es mag mit dem stillen Widerstand wesentlicher Teile der bis dahin stalintreuen Parteiführung gegen diese Wahnidee zusammengehangen haben, daß auf diesem Parteitag das bisherige Politbüro durch ein wesentlich zahlreicheres Parteipräsidium mit vielen neuen Mitgliedern ersetzt wurde — und daß Stalin in den letzten Monaten seines Lebens nach der späteren Aussage Chruschtschows eine neue Blutsäuberung unter seinen bisher engsten Mitarbeitern vorbereitete. Als er im März 1953 starb, war kein Versuch zur Verwirklichung seines letzten revolutionären Projektes gemacht worden — und seine Nachfolger haben es nicht wieder aufgenommen.

Tatsächlich wandten sich diese Nachfolger in den ersten Jahren ihrer Kämpfe um die Führung eher realistischen Verbesserungen der Lebensbedingungen der Arbeiter und Bauern als neuen utopischen Abenteuern zu. Doch Chruschtschow, der bei diesen Verbesserungen eine wichtige Rolle gespielt hatte, kam nach seiner 1957 erfolgten eindeutigen Durchsetzung als Parteiführer 1959 noch einmal auf sein altes Projekt der „Agrostädte“ zurück und verband nun die Kampagne für eine Umsiedlung der Kollektivbauern mit der für den Verkauf ihrer privaten Viehbestände an die kollektiven Stallungen. Beides sollte auf „freiwilliger“ Grundlage geschehen; Chruschtschow war überzeugt, daß auf dem erreichten Stand der Entwicklung des Sowjetstaates weitere Umwälzungen nicht mehr mit Methoden des Massenterrors durchgesetzt werden könnten. Doch es zeigte sich bald, daß seine Kampagne nur da Anfangserfolge hatten, wo lokal massiver Druck ausgeübt wurde, so daß entsprechende ökonomische Rückschläge ihnen alsbald folgten. Chruschtschow mußte sein Projekt erneut aufgeben; und als der Entwurf seines neuen Parteiprogramms

von 1961 veröffentlicht wurde, zeigte sich, daß weitere Änderungen der Gesellschaftsstruktur nicht mehr als Ziele revolutionärer Aktionen der herrschenden Partei *geplant*, sondern nur noch als Nebenprodukte wachsender Produktivität und steigenden Lebensstandards *erwartet* wurden. Damit war das Ende der Epoche der „institutionalisierten Revolution“ von der herrschenden Partei der Sowjetunion implizit programmatisch anerkannt; und es

entsprach diesem historischen Wendepunkt, daß das gleiche Programm explizit erklärte, die Sowjetunion sei nicht mehr eine „Diktatur des Proletariats“, sondern ein „Staat des ganzen werktätigen Volkes“. Das änderte freilich nichts am Fortbestehen des diktatorischen Parteimonopols: Nur die revolutionäre Dynamik, zu deren Verwirklichung es ursprünglich geschaffen wurde, hatte sich endgültig totgelaufen.

III.

Im China Mao Zedongs ist die Endphase der institutionalisierten Revolution weit dramatischer verlaufen. Sie begann mit der Lancierung des „Großen Sprungs nach vorn“ und der Vorbereitung der „Volkskommunen“ auf der zweiten Tagung des 8. Parteitags Anfang 1958, und führte schnell zu Maos Losung von der „ununterbrochenen Revolution.“ Die schweren wirtschaftlichen Rückschläge, zu denen beide revolutionären Maßnahmen schon in den ersten zwei Jahren führten, brachten ernste innerparteiliche Kritik an Mao, der bis dahin ein überaus populärer und unumstrittener Parteiführer, aber kein Despot *über* der Partei gewesen war, und eine Reihe praktischer Korrekturen, denen er sich anfänglich unterwarf. Doch je mehr er im Zuge des — ursprünglich primär außenpolitischen — sowjetisch-chinesischen Konflikts zu der Auffassung kam, der eigentliche Kern des Konflikts sei die Abwendung der sowjetischen Führung unter Chruschtschow von ihrer revolutionären Aufgabe und der „Diktatur des Proletariats“, desto mehr versteifte er sich auf die Fortsetzung einer utopisch-revolutionären Politik in China bis zur Verwirklichung des kommunistischen Endziels, die „fünf bis zehn Generationen oder ein oder mehrere Jahrhunderte“ dauern könne, wie er 1964 in seiner Polemik gegen „Chruschtschows Pseudo-Kommunismus“ schrieb. Es war der wachsende Widerstand eines großen Teils — wahrscheinlich der Mehrheit — des Zentralkomitees gegen

dieses Konzept der „ununterbrochenen Revolution“, der Mao schließlich in der Krise von 1965/66 veranlaßte, seine persönliche Alleinherrschaft über die institutionellen Regeln der Partei hinweg mit Hilfe der ihm ergebenden Armee und der von ihm mobilisierten und von der Armee gestützten „Roten Garden“ von Oberschülern und Studenten zu errichten. Das war der Kern der „Großen proletarischen Kulturrevolution“⁶⁾.

Doch die resultierende Desorganisation der bis dahin herrschenden kommunistischen Partei, die weit über die seinerzeitigen Folgen der Stalinschen Blutsäuberung hinausging, verhinderte in China sowohl die Errichtung eines einigermaßen stabilen Despotismus wie eine einigermaßen konsequente Politik der „ununterbrochenen Revolution.“ Die letzten Jahre Mao Zedongs bis zu seinem Tode im Jahre 1976 waren von bitteren, aber niemals endgültig entschiedenen Konflikten zwischen den Anhängern dieses Konzepts und den Anhängern des Vorrangs der Modernisierung gekennzeichnet. Erst nach Maos Tod im September 1976 begann mit der Verhaftung seiner Witwe Jiang Qing und ihrer führenden Anhänger die Zurückdrängung der Vertreter der „ununterbrochenen Revolution“; und erst 1978 erfolgte die eindeutige Entscheidung für den Primat der Modernisierung als Hauptaufgabe des Regimes, mit der die nachrevolutionäre Ära in China begann.

IV.

Bevor im folgenden Charakter und Perspektiven dieser Ära in den beiden führenden kommunistischen Mächten abschließend erörtert werden, sind einige vergleichende Bemerkungen über die Art nötig, in der sich in beiden Ländern der Konflikt zwischen der am utopischen Ziel ausgerichteten institutionalisierten Revolution und der materiellen Notwendigkeit der Modernisierung mit dem Konflikt zwischen den Institutionen der Parteiherrschaft und der Tendenz zum persönlichen Despotismus verschlungen hat.

Dieser zweite Konflikt wird grundsätzlich dadurch ermöglicht, daß die kommunistische Ideologie, im Unterschied zur Ideologie des Faschismus oder des Nationalsozialismus, nicht von vornherein das absolute Entschei-

⁶⁾ Ich habe diese Interpretation von Maos Kulturrevolution bereits in *Encounter*, 28 (1967) 4, unter dem Titel „Mao's Revolution: The Chinese Handwriting on the Wall“ entwickelt. Deutscher Text jetzt in: R. Löwenthal, *Weltpolitische Betrachtungen*, hrsg. von Heinrich August Winkler, Göttingen 1983, S. 130—143.

dungsrecht *eines* Führers proklamiert⁷⁾. Wohl wird die Partei zentralistisch von oben nach unten aufgebaut und verlangt von ihren Mitgliedern strikte Disziplin gegenüber der Führung; andererseits wird die Führung von Delegierten der Mitglieder gewählt und ist diesen „demokratisch“ verantwortlich. Das bedeutet in der Praxis, daß eine kommunistische Parteiführung sich immer durchsetzen kann, wenn sie einig ist. Doch für den Fall ernster Gegensätze in der Führung hat Lenin zwei entgegengesetzte Regeln hinterlassen: Vor der Machtergreifung hat er es für die Pflicht eines Führers erklärt, wenn er überzeugt ist, daß er den rechten Weg der Revolution kennt, die Partei lieber zu spalten, als sich einer irrenden Mehrheit zu unterwerfen; nach der Machtergreifung hat er, als unangefochtener Führer, jede „fraktionelle“ Opposition gegen Beschlüsse der leitenden Parteior-gane als Gefahr für das Parteimonopol und daher als potentiell konterrevolutionär bezeichnet. Die Folge ist, daß bei Konflikten innerhalb der Führung, die von beiden Seiten als für die Sache der Revolution lebenswichtig angesehen werden, die Mehrheit sich zur Erzwingung und die Minderheit zur Verweigerung der Disziplin auf Lenin berufen können.

Die Konflikte um den Vorrang der Verwirklichung der Utopie durch immer neue Revolutionen oder den Vorrang der Modernisierung im Interesse der staatlichen Lebensfähigkeit waren solche lebenswichtigen Grundsatzkonflikte. Sie konnten ohne Gewaltanwendung nur überwunden werden, wenn *ein* Führer faktisch mehr oder weniger unangefochtene Autorität besaß — wenn auch seine Kritiker dazu neigten, sich ihm zu fügen, weil er vorher immer wieder durch die Resultate seiner Politik gerechtfertigt worden war. Solche Führer waren Lenin in den Jahren von der Machtergreifung bis zu seiner lähmenden Erkrankung und Mao Zedong von der Machtergreifung bis zur Zeit des Großen Sprungs vorwärts. Nach Lenins Tod gab es in der Sowjetunion und nach dem Großen Sprung in der chinesischen Volksrepublik keinen derart unangefochtenen Führer.

In Rußland haben daher schon unmittelbar vor Lenins Tod Richtungskämpfe in der

⁷⁾ Diese Auffassung unterscheidet sich grundsätzlich von der vor allem von Leonard Schapiro vertretenen, die Totalitarismus mit „Führerismus“ gleichsetzt und die Herrschaft Stalins, Maos, Hitlers und Mussolinis unter diesem Begriff zusammenfaßt. Vgl. L. Schapiro/J. W. Lewis, *The Role of the Monolithic Party under the Totalitarian Leader*, in: J. W. Lewis (Ed.), *Party Leadership and Revolutionary Power in China*, London-New York 1970, und L. Schapiro, *Totalitarianism*, London 1972.

KPdSU angefangen, die zunächst mit den Methoden der „innerparteilichen Demokratie“ ausgetragen wurden. In diesen Kämpfen war Stalin von vornherein gegenüber seinen Rivalen im Vorteil, weil er den Parteiapparat kontrollierte und dies ausnutzen konnte, um seine Kritiker als Kritiker „der Partei“ darzustellen. Das war leicht bei den „linken“ Kritikern, die eine Verschärfung der Politik gegenüber den Bauern, also einen Bruch mit Lenins „Neuer ökonomischer Politik“, forderten. Es war schwerer gegenüber den „rechten“ Kritikern, die an jener Politik im Gegensatz zu Stalins neuer Politik der forcierten Industrialisierung und Zwangskollektivierung um 1928/29 festhalten wollten. Stalin gelang es jedoch, auch diese in die Rolle der „fraktionellen Opposition“ zu drängen. Doch all dies spielte sich noch im Rahmen einer vorwiegend innerparteilichen Auseinandersetzung, ohne Polizeimaßnahmen und Gewaltanwendung — mit Ausnahme der Verfolgung der bereits geschlagenen Anhänger Trotzky nach 1927 — ab.

Die Konflikte verschärfen sich, als die Zwangskollektivierung zu einer schweren Hungerkrise führte: Jetzt wollte Stalin den Verfasser einer illegal zirkulierenden Schrift, den Kommunisten Ryutin, der seinen Sturz forderte, wegen „Aufforderung zum Mord“ bestrafen. Doch das Stalin sonst ergebene Politbüro verweigerte seine Zustimmung: Stalin war noch kein Despot. Doch seine *Neigung* zu despotischer Machtausübung gegen seine Kritiker war nun schon erkennbar, und sie verstärkte sich, als nach der Überwindung der Krise, während der Stalins starke Hand den meisten Kommunisten als unentbehrlich erschienen war, auf dem 17. Parteitag im Februar 1934 eine Tendenz sichtbar wurde, seine Vollmachten einzuschränken: Der Parteitag änderte seinen Titel von „Generalsekretär“ zu „Erster Sekretär“, suchte die „Kollektivität“ des Sekretariats durch Zuwahl des populären Leningrader Parteisekretärs Kirow zu stärken und verweigerte Stalin anscheinend in geheimer Neuwahl des Zentralkomitees 292 von 1225 der abgegebenen Stimmen⁸⁾.

Offenbar müssen es diese Anzeichen einer Bedrohung der institutionellen Grundlage von Stalins Macht gewesen sein, die ihn ver-

⁸⁾ Stalin's schlechtes Resultat bei der geheimen Wahl des 17. Parteitages wurde zuerst von Roy Medvedev, *Let History Judge*, New York 1971, unter Berufung auf Mitteilungen des stellvertretenden Vorsitzenden der damaligen Wahlkommission berichtet, doch in Adam Ulam's „Stalin“, New York 1973, angezweifelt. Seither hat jedoch Anton Antonov-Ovseenko in seinem neuen Buch über Stalin einen nicht veröffentlichten Bericht des selben stellvertretenden Vorsitzenden zitiert, der einer

anlaßen, aktive Schritte zur Errichtung einer despotischen Macht zu unternehmen, die den Parteiinstitutionen übergeordnet sein würde. Er brachte seine persönlichen Vertrauten in Schlüsselpositionen der Geheimpolizei, der Staatsanwaltschaft und des Gerichtswesens. Nach einem erfolglosen Attentat auf Kirow hat er zumindest nichts unternommen, um ein zweites, erfolgreiches Attentat des gleichen Täters auf das gleiche Opfer zu verhindern; und er nahm dann die Ermordung Kirows zum Anlaß für die große Blutsäuberung, die mit Maßnahmen gegen einstige Oppositionelle mit ihrem Höhepunkt in den berühmten Schauprozessen begann und sich bald auf alte Anhänger Stalins ausdehnte, die Zweifel an seinen neuen Maßnahmen äußerten: Am Ende gehört die Mehrzahl sowohl der Delegierten des Parteikongresses von 1934 wie des dort gewählten Zentralkomitees zu den Opfern, und mit ihnen die hervorragendsten Armeeführer und ein großer Teil der industriellen Eliten. Diese Säuberung markierte den Augenblick, in dem Stalin die ganze Machtvollkommenheit eines Despoten übernahm: Die Partei blieb zwar dem Namen nach die Trägerin der Legitimität, war aber von nun an in Wirklichkeit nur eines der Instrumente des Woschd — weniger wichtig als die Geheimpolizei, und im Kriege nicht wichtiger als die Staatsbürokratie und die Armee.

Zwischen dem 18. Parteitag von 1939, der das Ende der Massensäuberung verkündete, und dem 19. Parteitag im Herbst 1952 trat das Zentralkomitee nur selten und das Politbüro meist in von Stalin nach Gutdünken ausgewählten Teilgruppen zusammen; während des Krieges war das wichtigste Organ, dessen sich Stalin — der nun auch Oberhaupt der Regierung war — bediente, kein Parteiorgan, sondern das „Staatliche Verteidigungskomitee.“ In der Nachkriegszeit fanden kleinere „Säuberungen“ ihre Opfer vor allem in den Parteiorganisationen Leningrads und des Kaukasus sowie unter prominenten jüdischen Kommunisten. Doch die Partei wurde niemals aufgelöst; und nach Stalins Tod im März 1953 erwies sich Chruschtschows Kampf um die Nachfolge als Erster Sekretär zugleich als ein Kampf um die Wiederherstellung des Primats der Partei gegenüber den anderen Machtapparaten.

Kommission des Politbüros 1957 erstattet wurde und der die oben angegebenen Zahlen enthält. Kaganovič habe vor der Bekanntgabe des Wahlergebnisses die Vernichtung von 289 der 292 Stimmzettel angeordnet, die Stalins Namen nicht enthielten, so daß in dem Schlußbericht des Kongresses nur 930 Stimmabgaben der 1 225 Delegierten erschienen, vgl. A. Antonov-Ovseenko, Portret Tirana (russisch), New York 1980.

Die wichtigsten Etappen dieses Kampfes waren der Reihe nach erstens der Sturz Berias und die Unterordnung der Geheimpolizei, zweitens die Absetzung Malenkows als Regierungschef, drittens die „Entstalinisierung“, die mit der Enthüllung von Stalins Verbrechen auf dem 20. Parteitag begann, viertens die teilweise Dezentralisierung der zentralen Wirtschaftsbürokratie und der Sieg über die sogenannte „partei-feindliche Gruppe“, d. h. die sich dieser Maßnahme widersetzen- de Mehrheit des Politbüros, und fünftens und letztens die Absetzung von Marschall Shukow als Oberkommandant der Streitkräfte wegen allzu großer Unabhängigkeit. Ende 1957 war Chruschtschow als erster Sekretär des Zentralkomitees der Partei so zum unverkennbaren politischen Führer der Sowjetunion geworden — ohne die Rolle eines Despoten anzustreben, und in der Tat ohne ihrer zu bedürfen. Die Entscheidung zur Beendigung der institutionalisierten Revolution fiel 1960/61, wie schon dargestellt, unter seiner Führung.

Chruschtschows Führungsmethoden erwiesen sich in der Folgezeit zwar keineswegs als despotisch, doch als zu sprunghaft und unberechenbar für eine nachrevolutionäre Periode. So wurde er 1964 durch Beschluß erst des Politbüros und dann des Zentralkomitees gestürzt — ohne ernsthaften Widerstand und ohne eine neue Nachfolgekrise. Er war das Opfer der Inkonsequenz seiner bahnbrechenden Leistung geworden: Chruschtschow hatte der hohen Parteibürokratie, deren Angehörige unter Stalin nie aufhören konnten, um ihr Leben zu zittern, Existenzsicherheit gegeben und sie damit zur herrschenden Oligarchie gemacht — doch er hatte sich geweigert, ihr die Stabilität ihrer Posten und gesicherten Einfluß auf die zentralen Entscheidungen zu sichern! Das wurde besonders deutlich, als er 1962 den Versuch einer Reorganisation des Parteiapparates an Haupt und Gliedern durch seine Konzentration auf ökonomische Verantwortung bei gleichzeitiger radikaler Teilung in einen industriellen und einen landwirtschaftlichen Sektor auf allen Stufen unternahm: Die Parteibürokraten fühlten sich zugleich verunsichert und überfordert. Der Mann, der die Sowjetunion in einer kühnen Wendung von dem Alptraum der institutionalisierten Revolution befreit und auf die Aufgaben stetiger Wirtschaftsentwicklung gelenkt hatte, verstand nicht, daß nach Meinung der tragenden Kräfte des Systems für diese Aufgaben nicht nur kein Despot, sondern überhaupt kein dynamischer Führer mehr nötig war, der über den Apparat hinweg an die Massen appellierte — wie Chruschtschow das

immer wieder tat. So wurde er friedlich in Pension geschickt und zur Unperson gemacht — ein Opfer der Oligarchie, die er vom Despotismus befreit hatte, aber deren Gesetzmä-

V.

In China hatte Mao Zedong angesichts der innerparteilichen Kritik seiner Politik des „Großen Sprungs“ nicht nur die Rolle des Staatschefs seinerzeit an Liu Shao-qi abgegeben, sondern sich als Parteiführer zeitweise aus den wirtschaftspolitischen Alltagsentscheidungen zurückgezogen und sich offiziell auf die ideologischen Grundfragen, faktisch aber auch auf seine enge Beziehung zur Armee konzentriert. Nach der Veröffentlichung seines 1964er Grundsatzdokuments gegen Chruschtschow begann er jedoch, den „Kampf zwischen zwei Linien“ mit Hilfe von zwei ideologischen Kampagnen — der „Sozialistischen Erziehungsbewegung“ und der Kampagne „Lernt von der Armee“ — in einer Form wieder aufzunehmen, die den Entscheidungskampf um die Macht unmittelbar vorbereitete. Mit Hilfe der Armee unter der Führung seines alten Anhängers Lin Biao setzte er im August 1966 in einer Sitzung des Zentralkomitees, bei der anscheinend nur eine Minderheit von dessen Mitgliedern anwesend war, das Programm der „Kulturrevolution“ durch, die nicht nur das Erziehungssystem radikal umwälzte und die Hochschulerziehung zeitweise völlig lähmte, sondern Millionen von Jugendlichen zum Sturm auf die Parteibüros und viele der Ministerien mobilisierte und die Parteiorganisationen faktisch lahmlegte, während die offizielle Jugendorganisation der Partei und die Gewerkschaften formell aufgelöst wurden. Die Entfesselung der politisch ungeschulten Roten Garden führte schnell zu anarchischen Zuständen, zur willkürlichen Verhaftung, Demütigung und Mißhandlung vieler leitender Partei- und Staatsfunktionäre bis hinauf zum Staatspräsidenten Liu Shao-qi und zu massenhaften Todesopfern sowohl dieser Aktiven wie der sich ausbreitenden Konflikte unter rivalisierenden „Roten Garden“. Mao, der im Unterschied zu Stalin seine Machtergreifung ursprünglich als Volksbewegung durchführen wollte und die Armee zunächst für Unterstützung und Transport der „Roten Garden“ benutzt hatte, war schon 1968 gezwungen, die gründlich ernüchterten Streitkräfte zur Wiederherstellung der Ordnung einzusetzen, um 1969 mit ihrer Hilfe den Wiederaufbau der Partei von oben her zu beginnen.

Der Versuch des Despotismus führte also in China nicht wie im Falle Stalins zu einer rela-

Bigkeiten er nicht verstand — oder wenn man will, das erste, unblutige Opfer der nachrevolutionären Ära, der er in der Sowjetunion den Weg gebahnt hatte⁹⁾.

tiv stabilen Alleinherrschaft, sondern zu wachsender Abhängigkeit Maos von der Armee, die den Kern der neuen „Revolutionskomitees“ und der daraus entwickelten Provinzkomitees der Partei stellte und deren Oberbefehlshaber, Lin Biao, auf dem 9. Parteitag von 1969 zu Maos Stellvertreter und statutorisch festgesetztem Nachfolger gewählt wurde. Doch scheinen die anhaltenden Konflikte in der Parteiführung und die zunehmende Entscheidungsschwäche des alternden Mao Lin zu dem Versuch veranlaßt zu haben, seine Nachfolge vorweg zu nehmen und eine offene Militärherrschaft zu errichten, in der das Programm der „ununterbrochenen Revolution“ nun nicht mehr „maoistisch“ und chaotisch von unten, sondern diszipliniert von oben durchgeführt werden sollte. Der Versuch scheiterte jedoch am Widerstand der meisten Provinzgenerale und der zivilen Parteiführer aller Richtungen, und Lin Biao verlor 1971 sein Leben.

In den letzten Jahren Maos war es vor allem Zhou Enlai, der in den früheren Kämpfen Mao zugleich loyal gestützt und nach Möglichkeit gebremst hatte, der sich um den Wiederaufbau der Partei und die Normalisierung des Regimes bei schrittweiser Wiederherstellung seiner wirtschaftlichen Leistungskraft bemühte; doch angesichts der zunehmenden Entscheidungsschwäche Maos ging zugleich der Machtkampf der konsequenten Anhänger seiner utopischen Revolutionsideen weiter. Die vorzeitige Nachfolgekrise, die sich so entwickelte, wurde noch dadurch verschärft, daß Zhou noch vor Mao starb. Mao blieb bis zu seinem Tod 1976 abhängig von einer ungewissen und unstabilen Balance zwischen militärischen Führern, überlebenden Anhängern einer realistischen Modernisierungspolitik um Zhou und den zweimal verbannten Deng Xiaoping sowie unbelehrbaren Anhängern der ununterbrochenen Revolution im Umkreis seiner Frau: Er war nicht nur kein Despot geworden, sondern nicht einmal ein effektiver Führer mit einer klar erkennbaren und entschlossen durchgeführten politischen Linie geblieben.

Obwohl die Funktionsfähigkeit der chinesischen Partei von Mao zeitweise gründlicher

⁹⁾ Vgl. meine in Anmerkung 4 zitierte Analyse von Anfang 1965.

erschüttert worden war als die der sowjetischen seinerzeit von Stalin, erwies sich die Wiederherstellung ihres Primats nach Maos Tod als leichter als nach dem Tod Stalins: Der Despotismus war faktisch erloschen, die Partei hatte sich unter Zhou's fürsorglicher Hand zu erholen begonnen und der politische Ehrgeiz der Armee war nach ihrer wenig ruhmreichen Rolle in den vorhergehenden Jahren zunächst gebrochen. Dagegen ging der ungelöste innerparteiliche Konflikt um den Vorrang der revolutionären Utopie oder der dringenden ökonomischen Modernisierung zunächst weiter. Der erste Schritt zu seiner Lösung war die blitzartige Ausschaltung der utopischen Extremisten um Jian Qing, die nun als „Viererbande“ bekannt wurden; sie erfolgte zunächst nicht durch die entschiedenen Anhänger der Modernisierung, deren überlebender Führer Deng Xiaoping zu dieser Zeit noch verbannt war, sondern durch den eher farblosen Hua Guofeng, dem Mao angeblich auf dem Sterbebett die Führung übertragen hatte und der sich theoretisch zur Unfehlbarkeit Maos bekannte, aber in der Praxis nicht bereit war, die ununterbrochene Revolution fortzusetzen — und dem die Garnison von Peking und die Leibwache Maos folgten. Unter seiner Führung begann ein Interregnum des Nachbetens der revolutionären Losungen bei gleichzeitiger Vermeidung revolutionärer Experimente. Doch schon im Juli 1977 wurde Deng zum zweiten Mal rehabilitiert und begann eine Kampagne für die Notwendigkeit, „die Wahrheit in den Tatsachen zu suchen“, die in gewolltem Gegensatz zu der Lehre von Maos Unfehlbarkeit stand; und Ende 1978 erklärte ein Plenum des Zentralkomitees die von Hua festgehaltene Losung von der Schlüsselrolle des Klassenkampfes als in Abwesenheit feindlicher Klassen absurd und die Modernisierung Chinas als Hauptaufgabe der Partei.

Damit war der Weg zu einer nachrevolutionären Rolle der Partei offenbar geöffnet; um ihn zu beschreiten, bedurfte es jedoch noch einer

Die nachrevolutionäre Sowjetunion hat ihre charakteristische politische Form erst nach dem Sturz Chruschtschows im Herbst 1964 mit dem Machtantritt des um Breschnew und Kosygin gruppierten Kollektivs gefunden. Dieses Kollektiv hat, mit gelegentlichen individuellen Veränderungen, aber ohne fraktionelle Konflikte, 18 Jahre lang über die stabilste Phase der sowjetischen Geschichte präsiert. Das Politbüro war nicht mehr ein

grundsätzlichen Kritik am Mao Zedong der Jahre seit dem Großen Sprung und vor allem der Kulturrevolution. Während Deng nun zum faktischen Führer der Partei aufstieg, ohne den formellen Titel anzunehmen — er begnügte sich mit offiziellen Stellvertreterrollen in Partei und Armee und mit der Beförderung jüngerer Anhänger in Schlüsselpositionen —, wurde Hua erst als Regierungschef und auf dem Parteikongreß von 1981 auch als Parteivorsitzender abgesetzt. Der gleiche Kongreß brachte eine grundlegende Resolution über die Parteigeschichte seit der Gründung der chinesischen Volksrepublik, die bei voller Anerkennung der Verdienste Maos um den Weg zur Macht und um die frühen Aufbaujahre die Politik des Großen Sprungs entschieden kritisierte und die „Kulturrevolution“ als total verfehlt und verhängnisvoll verdammt; dabei wurden die „Viererbande“ und Lin Biao für spezifische Verbrechen und Grausamkeiten, aber Mao selbst eindeutig für die falsche Gesamtpolitik verantwortlich gemacht. Das ganze Dokument hat ein erheblich höheres intellektuelles Niveau als alle offiziellen Dokumente der sowjetischen „Entstalinisierung“.

Der seitherige Verlauf hat bestätigt, daß die Volksrepublik China seit diesem Kongreß von 1981 endgültig in ihre nachrevolutionäre Ära eingetreten ist — 32 Jahre nach dem Sieg der ursprünglichen Revolution. Wenn wir Chruschtschows Pateiprogramm von 1961 als den endgültigen Beginn der nachrevolutionären Ära in der Sowjetunion ansehen, so hat der parallele Prozeß dort 44 Jahre gedauert. Das entspricht dem wesentlichen Unterschied, daß die nachrevolutionäre Ära in der Sowjetunion erst eingesetzt hat, nachdem diese sich zu einer bedeutenden industriellen Macht entwickelt hatte, während China, das seine revolutionäre Geschichte auf einer wesentlich niedrigeren Entwicklungsstufe begann, auf die Fortsetzung der institutionalisierten Revolution verzichten mußte, bevor es einen vergleichbaren Stand der industriellen Entwicklung erreichen konnte.

VI.

Schauplatz bitterer Kämpfe — sei es um revolutionäre Prinzipien, sei es um die Macht. Es war die Spitze einer autoritär regierenden Oligarchie von Bürokraten, die sich diszipliniert an bindende Entscheidungsprozeduren hielt und deren „Kabinettdisziplin“ den Appell an die Öffentlichkeit im Falle von Meinungsverschiedenheiten in der Führung strikt ausschloß, weil die Mitglieder des „Kabinetts“ sich ihrer Pflicht zur kollektiven Soli-

darität bewußt waren, aber keinerlei demokratische Verantwortung gegenüber Außenstehenden anerkannten. Sie gewährten auch den nachgeordneten Schichten der „Nomenklatura“ jene Sicherheit der einmal erreichten Position und des allmählichen Aufstiegs nach Anciennität, die Chruschtschow ihnen noch verweigert hatte — nur in Fällen skandalöser Verfehlungen oder dramatischen Versagens wurden einzelne Ausnahmen gemacht. Die Kehrseite dieser ungewohnten Stabilität war so eine mit den Jahren wachsende Tendenz zur Stagnation und zur Überalterung in den leitenden und mittleren Positionen. Doch für mehr als ein Jahrzehnt hat dieses Regierungssystem der nachrevolutionären Sowjetunion im großen und ganzen gemäß den eigenen Ansprüchen funktioniert, ohne Massenterror und ohne Liberalisierung, und ihre Rolle als Weltmacht ist dabei gewachsen.

Gleichzeitig erwies sich ein Wandel in der nachrevolutionären Legitimation des Parteidomopols als unvermeidlich. Die traditionelle Verheißung einer Gesellschaft ohne soziale Unterschiede, aber auch die Verheißung der Überholung des amerikanischen Lebensstandards bis 1970 und der Erreichung der „höheren Stufe des Kommunismus“ bis 1980, die Chruschtschow unvorsichtig genug gewesen war, in sein Parteiprogramm zu schreiben, mußten fallengelassen werden; und der zugrundeliegende Gedanke, ökonomische Leistung zur entscheidenden Legitimation der Parteiherrschaft zu machen, hatte sich schon vor Chruschtschows Sturz als bei der Parteidükratie unpopulär erwiesen. Die Lücke kam der neuen Parteiführung in dem Maße zum Bewußtsein, wie Erscheinungen ideologischer Dissidenz sich bemerkbar machten — besonders zur Zeit des Echos des „Prager Frühlings“ von 1968 in der Sowjetunion. Im April 1968 enthüllte Breschnew auf einer Moskauer Funktionärsversammlung die neue Antwort auf das Problem: Die Sowjetunion sei von Gegnern ihres sozialistischen Systems umgeben, die sich auch in Zeiten der militärisch friedlichen Koexistenz ständig bemühten, die verschiedenen sozialen Schichten und Nationalitäten des Sowjetstaates gegeneinander auszuspielen; das Monopol der kommunistischen Partei sei daher eine unentbehrliche Klammer, um die sozialistische Gesellschaft zusammenzuhalten. Die zentrale Bedeutung dieser ideologischen Legitimation des Systems der Parteiherrschaft als Sicherung gegen die Intrigen äußerer Feinde ist seither in der Sprachregelung der sowjetischen Oligarchie um so unbestrittener geblieben, je mehr die traditionelle kommunistische

Zukunftsverheißung an ideologischer Glaubwürdigkeit verlor.

Doch dieser Verschiebung in der ideologischen Legitimation des nachrevolutionären Systems entspricht eine Verschiebung in der relativen Bewertung seiner praktischen Aufgaben. Der späte Chruschtschow hatte, besonders nach dem Scheitern des kubanischen Abenteuers, parallel zur Propaganda der kommenden Verbesserung der Lebensbedingungen der Massen sich für reale Planverschiebungen in dieser Richtung eingesetzt und die Forderungen der Militärs nach erhöhten Rüstungsausgaben enttäuscht. Seine Nachfolger zogen aus der karibischen Niederlage sofort die Folgerung eines massiven Rüstungsprogramms, auch wenn sie sich anfänglich zugleich um einen Versuch der Reform des ökonomischen Planungssystems bemühten. Doch der Versuch der Wirtschaftsreform scheiterte, während das Rüstungsprogramm nach einigen Jahren zum Abschluß des ersten SALT-Abkommens mit den USA auf der Grundlage nuklearer Gleichberechtigung führte. Während in den ersten Jahren der auf Verhandlungen gegründeten Entspannung die Sowjets sich im wesentlichen mit den Früchten der getroffenen Vereinbarungen für ihre Sicherheit und ihr internationales Ansehen begnügten, begannen sie seit Mitte der siebziger Jahre — im Angesicht einer zeitweisen Handlungs- und Verhandlungsschwäche der USA in der Nachwirkung von Vietnam und Watergate — zugleich mit Rüstungen neuer, in den Verträgen nicht vorgesehener Art, wie den SS 20, und mit Vorstößen in der Dritten Welt.

Diese weltpolitische Offensive der Sowjets erfolgte im Zeichen der letzten Jahre Breschnews, die bereits durch eine zunehmende Disproportion zwischen der enttäuschenden ökonomischen und der forcierten militärischen Entwicklung der Sowjetunion gekennzeichnet waren. Die Folgen der langjährigen administrativen Stagnation machten sich nicht zuletzt in der wachsenden Rolle der planwidrigen „Schattenwirtschaft“ und der direkten Korruption bemerkbar; es gab in der nachrevolutionären Sowjetunion wenig zu bewundern, außer der wachsenden militärischen Stärke und dem darauf gegründeten weltpolitischen Einfluß. Von der alten Lösung, die Amerikaner „einzuholen und zu überholen“, war nur ihre militärische Anwendung übriggeblieben. Doch damit begann die nachrevolutionäre Sowjetunion eine merkwürdige Verwandtschaft mit dem vorrevolutionären Rußland der Zaren zu zeigen, in dem auch die wesentlichen Anstöße zur Neuerung

nicht aus den inneren Antrieben der meist stagnierenden russischen Gesellschaft, sondern aus dem Willen der Zaren gekommen waren, wirklichen oder vermeintlichen äußeren Bedrohungen durch größere militärische Leistungsfähigkeit entgegenzutreten.

Inzwischen hat der Tod des 76jährigen Breschnew im Herbst 1982 und die Wahl zweier Nachfolger im Laufe weniger Jahre die ganze Überalterung der nachrevolutionären Oligarchie gezeigt, die sich nun mit der Reaktion erst der amerikanischen Öffentlichkeit und dann des neuen amerikanischen Präsidenten auf die ebenso kurzsichtige wie brutale sowjetische Ausnutzung einer kurzen amerikanischen Schwächeperiode — mit der amerikanischen Abkehr von der Entspannungspolitik und Hinwendung zu massiver Rüstung — auseinanderzusetzen hat. Andropows Ansätze zum Kampf gegen die Korruption waren zweifellos auch gegen die Privilegien der erstarrten Oligarchie gerichtet; wie weit sie darüber hinaus auf echte wirtschaftspolitische Reformen abzielten, bleibt auf

Grund der Schnelligkeit seiner Erkrankung und seines Ablebens ungewiß. Der noch ältere und kaum weniger kranke Tschernenko erscheint als ein schwächerer Zögling und Helfer Breschnews, ein Exponent der erstarrten Oligarchie ohne Anzeichen eigener Ideen und eigenen Willens. In der außenpolitischen Sackgasse, die der nachrevolutionären sowjetischen Führung zweifellos bewußt ist, zeigt sie bisher ebensowenig Phantasie wie ihre amerikanischen Gegenspieler — doch sie hat ungleich geringere Kraftreserven. Innenpolitisch wie außenpolitisch riskiert diese Führung heute, zum Objekt der Folgen ihrer eigenen Politik zu werden. Die Tatsache, daß sich heute Verteidigungsminister Ustinow und Außenminister Gromyko jene Rolle des „Königsmachers“ bei der Wahl eines neuen ersten Sekretärs zu teilen scheinen, die lange Zeit der verstorbene Suslow ausübte, ist ein Symbol dafür, wie sehr die zaristische Tradition des Primats der vermeintlichen außen- und militärpolitischen Notwendigkeiten in der nachrevolutionären Sowjetunion wiederkehrt ist.

VII.

In China ist die nachrevolutionäre Ära noch jung, und sie zeigt bisher Zeichen ungleich größerer Frische und Originalität. Sie hat aber auf Grund der niedrigeren Entwicklungsstufe des riesigen Landes, der krassen Disproportion zwischen seinen Menschenmassen einerseits und seinen Ressourcen an Kapital und technischen und wissenschaftlichen Fachleuten andererseits und der noch frisch erinnerten Erschütterung des Glaubens an das System durch die Wirren und Grausamkeiten der „Kulturrevolution“ auch mit ungleich größeren objektiven Schwierigkeiten zu kämpfen als die nachrevolutionäre Sowjetunion.

Auf der positiven Seite steht der undogmatische Realitätssinn und die Entscheidungsfreudigkeit Deng Xiaopings, der an Originalität und Führereigenschaften alle sowjetischen Führer der nachrevolutionären Ära überragen dürfte. Zwar ist er mitverantwortlich für die anfänglichen Sprunghaftigkeiten der neuen Ära, die zu kostspieligen Fehlern geführt haben, wie ökonomisch in den überhöhten Bestellungen westlicher Maschinerie und außenpolitisch in der „Strafexpedition“ gegen Vietnam, in der sich die Schwächen der chinesischen Streitkräfte offenbarten. Doch auf dem zentralen Gebiet der Parteiorganisation und Personalpolitik hat Deng sich erfolgreich nicht nur um eine stabile und einigermaßen homogene Zusammensetzung der

Führung im Gegensatz zu den Wirren der jüngsten Vergangenheit, sondern — im Bewußtsein des eigenen Alters — von Anfang an um deren Verjüngung bemüht. Zugleich hat er in der Wirtschaftspolitik klar erkannt, daß die Modernisierung eines Landes mit der Bevölkerungsverteilung Chinas nicht durch einseitige Industrialisierung, sondern nur gemäß der „maoistischen“ Formel über das „Gehen auf zwei Beinen“ (Industrie und Landwirtschaft) und zugleich mit der radikal unmaoistischen Freisetzung des Eigeninteresses der Bauern durch Ermutigung des privaten Anbaus und Verkaufs ihrer Produkte möglich ist; diese sprunghafte Erweiterung des „privaten Sektors“ hat binnen kurzer Zeit den Lebensstandard sowohl der Bauern wie großer Teile der nun besser versorgten Stadtbevölkerung dramatisch gehoben. Zugleich wird angesichts des Bevölkerungsdrucks die industrielle Produktion für den Eigenbedarf, etwa die Versorgung mit Textilien, nicht schnell technisch modernisiert, wohl aber das unterentwickelte Transportwesen und bestimmte Schwerindustrien (einschließlich der rüstungswichtigen) vorangetrieben.

Andere wichtige Entscheidungen betreffen das wiederhergestellte Erziehungswesen und das unterentwickelte Rechtswesen. Der Aufwand für den Wiederaufbau der Hochschulen, für das Studium von Chinesen im westlichen Ausland und für Gastprofessuren ausländischer

scher Fachleute ist beträchtlich. Die Experimente mit der „Mauer der Demokratie“ sind schnell beendet worden, und einige ihrer bedeutendsten Vertreter haben für die Verbreitung regimiefeindlicher Auffassungen lange Gefängnisstrafen erhalten: An die Gewährung politischer Freiheiten zur Kritik der Partei wird so wenig gedacht wie in der Sowjetunion. Dagegen wird die Entwicklung eines modernen Zivil- und Prozeßrechts systematisch gefördert.

Unsicherheit herrscht im Prinzip bei der Öffnung für das Ausland. Aus Gründen des Lernens, zum Teil aber auch der allgemeinen Außenpolitik ist sie erwünscht; aus Gründen der ideologischen Anfälligkeit vor allem der jungen Generation wird sie als Gefahr gesehen. In der Tat ist die kommunistische Glaubensbereitschaft der chinesischen Massen und zumal der Jugend nach den Schrecken der Kulturrevolution und dem Sturz Mao Zedongs wahrscheinlich tiefer erschüttert als die der sowjetischen Massen nach der „Entstalinisierung“ oder auch heute. Doch wie in der Sowjetunion ist für die Massen nach Jahrzehnten kommunistischer Herrschaft ein völlig anderes Regime kaum vorstellbar; und die praktische Einstellung zum existierenden Regime richtet sich primär nach dessen aktuellem Verhalten — nach den Möglichkeiten der materiellen Versorgung, der Erziehung, des

lernbedingten Aufstiegs und dem Ausmaß der Freiheit im nicht-politischen Bereich. Es ist das Ausmaß der greifbaren Verbesserung des Lebens auf diesen Gebieten in den nachrevolutionären Jahren, das dem Regime eine Chance gibt.

Dennoch bleibt die Frage, wieweit die nachrevolutionär revidierte Ideologie für den Zusammenhalt der Partei selbst und für den Widerstand ihrer Mitglieder gegen die ständige Versuchung zur Korruption ausreicht. Die Ideologie der äußeren Bedrohung ist heute in China wahrscheinlich von weniger zentraler Bedeutung als in Rußland: Es wird verstanden, daß weder Amerika noch die Sowjetunion die notwendigen und ewigen Feinde sind und daß die nationale Unabhängigkeit, die Chinas wichtigste revolutionäre und nachrevolutionäre Errungenschaft ist, es ihm erlaubt, je nach den wechselnden internationalen Konstellationen gemäß seinen Interessen zu manövrieren. So mag sich auf die Dauer eine Ideologie herausbilden, die aus dem Stolz auf die historische Größe, die junge Unabhängigkeit und die künftigen unbegrenzten Möglichkeiten Chinas und aus der Loyalität gegenüber der Partei gemischt ist, die wesentlich jene Unabhängigkeit erkämpft hat und trotz aller vergangenen Irrwege den Weg zu den künftigen Möglichkeiten noch finden mag.

VIII.

In diesem Essay wurde von zwei charakteristischen inneren Konflikten kommunistischer Systeme gesprochen: Von dem ihnen durch ihre Entstehungssituation eingeborenen Konflikt zwischen der Tendenz zur institutionalisierten Revolution und den Erfordernissen der Modernisierung, und dem nicht zwangsläufigen, aber in wichtigen Fällen aufgetretenen Konflikt zwischen der Tendenz zur Verwandlung der Parteiherrschaft in einen persönlichen Despotismus und der Gegentendenz zur Wiederherstellung der Parteiherrschaft nach dem Tod des Despoten. Die Ergebnisse können in fünf Thesen zusammengefaßt werden:

1. Die ideologische Leidenschaft, die sich mit dem Kampf um neue Stufen der institutionalisierten Revolution verbindet, hat sich als Haupthindernis zur Hinnahme von Mehrheitsentscheidungen in kommunistischen Parteien erwiesen. Daraus folgt, daß eine gelungene oder versuchte Errichtung eines Despotismus in solchen Parteien nur zu erwarten ist, solange der Glaube an die Fortsetzung der Revolution nicht aufgegeben ist. Mit anderen

Worten, der Übergang zum Despotismus ist nur wahrscheinlich, solange der Glaube an die Verwirklichung der Utopie lebendig ist.

2. Umgekehrt ist sowohl in der Sowjetunion wie in China der Verzicht auf die institutionalisierte Revolution erst nach dem Tod des Despoten oder Despotie-Kandidaten erfolgt. In beiden Fällen hat die Befreiung von seinem Terror es dem Wunsch für ein normaleres Leben erleichtert, zum Vorschein zu kommen, vor allem in der Oligarchie der Partei; und die Sicherheit einer Oligarchie wird am besten durch den Verzicht auf weitere revolutionäre Umwälzungen garantiert.

3. Heute haben wir es in der Sowjetunion und in der Volksrepublik China mit zwei kommunistischen Parteidictaturen zu tun, die sich sowohl in ihrer nachrevolutionären wie in ihrer nachdespotischen Ära befinden. Beide werden daher von bürokratischen Oligarchien mit mehr oder weniger allgemein akzeptierten Entscheidungsprozeduren regiert, deren Innenpolitik nicht mehr von ideologischen Konflikten, sondern von dem Konflikt zwischen dem Ziel der ökonomischen Moderni-

sierung und der Tendenz zur bürokratischen Stagnation bestimmt wird. Beide Oligarchien halten an ihrem Parteimonopol fest und beide lehnen eine politische Liberalisierung entschieden ab; doch keine von beiden neigt zu einer Rückkehr zu den Massenvernichtungen der revolutionären Periode.

4. Ein wesentlicher Unterschied zwischen den beiden Ländern betrifft die Entwicklungsstufe, auf der der revolutionäre Prozeß zum Stillstand kam. Als Chruschtschow sein Programm von 1961 verkündete, war die Sowjetunion, bei allen strukturellen Schwächen, eines der wichtigsten Industrieländer der Welt. China ist gegenwärtig von dieser Stufe noch weit entfernt, und seine Schwierigkeiten auf dem Wege dahin sind gewaltig — wegen seines Kapitalmangels relativ zur Bevölkerung, seines Mangels an wissenschaftlichen und technischen Kadern in Proportion zur Größe der Probleme, und vielleicht auch wegen der Nachwirkungen der Absurditäten der Kulturrevolution auf die Arbeitsmoral und das allgemeine Vertrauen in das System (doch ich bin mir der Tragweite dieses letzten Faktors nicht gewiß).

5. Die Tatsache, daß China fast zwei Jahrzehnte nach der Sowjetunion ebenfalls in die nachrevolutionäre Ära eingetreten ist, hat

eine bedeutende weltpolitische Konsequenz: Der Machtkonflikt zwischen diesen beiden Nachbarn hat seine ideologische Komponente verloren¹⁰⁾. Die chinesischen Kommunisten können den Sowjets nicht mehr vorwerfen, daß sie ihre revolutionären Grundsätze verraten haben, und die Sowjets können die Chinesen nicht mehr des Utopismus und des Abenteuerertums in ihrer Innenpolitik beschuldigen. Die Tatsache, daß beide Parteien sich dieser nachrevolutionären Veränderung bewußt sind, hat es für sie leichter gemacht, eine mögliche Normalisierung ihrer Beziehungen zu diskutieren. Doch dies bedeutet nicht, und kann nicht bedeuten, daß diese Beziehungen irgendwann in der Zukunft wieder — wie einst vor langer Zeit — durch eine anscheinende ideologische Gemeinsamkeit anstelle des ideologischen Konfliktes gekennzeichnet sein werden. Vielmehr werden sie, gleich anderen Beziehungen zwischen Großmächten, durch ihre Interessen bestimmt werden — und daß heißt durch wichtige widerstreitende Interessen, aber potentiell *auch* durch einige gemeinsame Interessen.

¹⁰⁾ Für eine ausführlichere Behandlung dieses Aspekts vergleiche meinen Beitrag „The Degeneration of an Ideological Dispute“, in: D. Stuart/W. T. Tow (Eds.), *China, the Soviet Union and the West*, Boulder (Col.) 1982.

Entwicklung und Stand der Totalitarismusforschung

I. Einleitung

Ein fiktives literarisches Datum — Orwells „1984“ — hat die öffentliche Aufmerksamkeit wieder stärker auf die Totalitarismusforschung gelenkt: Auf Tagungen und in Publikationen zum ‚Orwell-Jahr‘ ist in einer Reihe von Beiträgen das Modell totalitärer Herrschaft zur Charakterisierung und Analyse gegenwärtiger gesellschaftlicher und politischer Entwicklungen herangezogen worden¹⁾. Wird damit die in der Fachwissenschaft seit einiger Zeit erörterte These bestätigt, daß die Totalitarismuskonzeption nach einer Phase des Niedergangs (‚Agonie‘) in den sechziger Jahren seit einiger Zeit wieder im Aufstieg (‚Renaissance‘) begriffen sei?

Da zur Totalitarismusforschung mehrere Sammelbände²⁾, Überblicksdarstellungen³⁾ und Literaturberichte⁴⁾ vorliegen, ist ihr Ver-

lauf verhältnismäßig gut zu überschauen. Diese Publikationen vermitteln insgesamt den Eindruck, daß die Entwicklung mit dem Ablaufschema ‚Agonie‘ — ‚Renaissance‘ nicht angemessen erfaßt werden kann. Vielmehr gibt es seit der vollen Entfaltung der klassischen Totalitarismustheorie in den fünfziger Jahren eine kontinuierliche innerfachliche Diskussion mit stark kontroversen Auffassungen hinsichtlich Berechtigung, Möglichkeiten und Grenzen ihrer Anwendbarkeit. Neben partieller und grundsätzlicher Kritik und Ablehnung zugunsten anderer Analyseansätze stehen immer wieder Beiträge, die an dieser Konzeption festhalten, sie modifizieren, weiterentwickeln und auf vergangene und gegenwärtige Herrschaftssysteme anwenden.

Von einer ‚Renaissance‘ kann allenfalls in zwei Anwendungsbereichen gesprochen werden:

— In der innersozialistischen Analyse und Kritik der Herrschaftssysteme des ‚realen Sozialismus‘ wird wieder stärker auf die Totalitarismuskonzeption zurückgegriffen.

— In den gegenwärtigen Diskussionen zum ‚Orwell-Jahr‘ wird an vereinzelte frühere Versuche angeknüpft, die Totalitarismuskonzeption auch bei der kritischen Analyse liberaldemokratischer Systeme zu verwenden.

In beiden Bereichen werden zudem die Begriffe ‚Totalitarismus‘ und ‚totalitär‘ nicht nur als Kategorien wissenschaftlicher Analyse benutzt, sondern auch als politisch-publizistische Kampfbegriffe wiederbelebt.

Die hier skizzierte Entwicklung soll im folgenden ausführlicher in ihren Hauptlinien dargestellt werden, wobei im vorliegenden Rahmen allerdings nur eine begrenzte Auswahl repräsentativer in- und ausländischer Beispiele möglich ist⁵⁾.

¹⁾ D. Hasselblatt (Hrsg.), Orwells Jahr. Ist die Zukunft von gestern die Gegenwart von heute?, Frankfurt/Main 1984; I. Howe (Ed.), 1984 Revisited. Totalitarianism in Our Century, New York 1983; W. Meyer-Larsen (Hrsg.), Der Orwell-Staat 1984. Vision und Wirklichkeit, Reinbek bei Hamburg 1983; H. Neumann/H. Scheer (Hrsg.), Plus Minus 1984. George Orwells Vision in heutiger Sicht, Freiburg 1983; 1984 — Die Zukunft des Totalitarismus. Seminar der Theodor-Heuss-Akademie Gummersbach, Oktober 1983; A. Paffenholz (Hrsg.), 1984. Der Große Bruder ist da, Hannover 1983; Utopie als Warnung. Orwells 1984 heute, in: Der Monat, (1984) 1; vgl. dazu auch H.-J. Lang, 1984 und Orwells Nineteen Eighty-Four, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 1/84, S. 3—13.

²⁾ B. Seidel/S. Jenkner (Hrsg.), Wege der Totalitarismusforschung, Darmstadt 1974²; M. Funke (Hrsg.), Totalitarismus. Ein Studien-Reader zur Herrschaftsanalyse moderner Diktaturen, Düsseldorf 1978; E. A. Menze (Ed.), Totalitarianism Reconsidered, Port Washington (N. Y.) — London 1981.

³⁾ L. B. Šapiro, Totalitarismus, in: Sowjetsystem und demokratische Gesellschaft, Band VI, Freiburg 1972, S. 465—490; W. Schlangen, Die Totalitarismus-Theorie. Entwicklung und Probleme, Stuttgart 1976.

⁴⁾ K. Hildebrand, Stufen der Totalitarismus-Forschung, in: Politische Vierteljahresschrift, 9 (1968), S. 397—422; H. Kaiser, Vom ‚Totalitarismus‘ zum ‚Mobilisierungsmodell‘, in: Neue Politische Literatur, 18 (1973), S. 141—169; E. Hennig, Zur Theorie der Totalitarismustheorie, in: Neue Politische Literatur, 21 (1976), S. 1—25; E. Jesse, Renaissance der Totalitarismuskonzeption?, in: Neue Politische Literatur, 28 (1983), S. 459—492.

⁵⁾ Die folgenden Ausführungen sind eine überarbeitete und wesentlich erweiterte Fassung des Beitrags zum Stichwort ‚Totalitarismus‘ im Handlexikon zur Politikwissenschaft, hrsg. von W. W. Michel, München 1983.

II. Die Ursprünge des Totalitarismusbegriffs

Bisher wurde allgemein angenommen, daß der Totalitarismusbegriff aus dem Selbstverständnis des italienischen Faschismus stammt und von dort in das kritische Vokabular der antifaschistischen Opposition übergeht. Untersuchungen von Mitarbeitern des Deutschen Historischen Instituts in Rom⁶⁾ weisen jedoch nach, daß der Begriff ‚totalitär‘ in der ersten Hälfte der zwanziger Jahre zuerst von der liberal-demokratischen Opposition gegen das faschistische Regime in Italien geprägt wird. Mit ihm soll — nach den Worten des liberalen Parteiführers Giovanni Amendola — das erschreckende Phänomen der alle Grundlagen des bisherigen politischen Lebens umstürzenden faschistischen Politik gekennzeichnet werden: „... vor allem die bis zum Exzeß fortgesetzte Übertreibung des Eingreifens der Exekutivgewalt in das staatliche und gesellschaftliche Leben, die atemberaubende Umkehr der normalen Beziehungen zwischen Staat und Gesellschaft, so daß die Gesellschaft für den Staat, der Staat für die Regierung und die Regierung für die Partei existiert“⁷⁾.

In der Abwehr dieser liberalen Kritik übernimmt der Faschismus den Begriff zur positiven Selbstcharakterisierung als ‚regime totalitario‘ und entwickelt ihn zum zentralen Bestandteil des eigenen Staatsverständnisses. Dieser positive Begriff totalitärer Herrschaft geht auch in das Programm der spanischen Falange (‚Estado totalitario‘) und in die deutsche nationalsozialistisch orientierte Staatslehre (‚totaler Staat‘) ein, erlangt aber in Deutschland nicht den offiziellen Stellenwert wie in Italien⁸⁾. In seiner kritischen Verwen-

dung findet der Begriff ebenfalls internationale Verbreitung bei der Auseinandersetzung mit dem Faschismus auf liberal-demokratischer Grundlage; nach 1933 wird er auch auf das nationalsozialistische Herrschaftssystem angewendet.

Bereits ab Mitte der zwanziger Jahre wird diese Kritik in den größeren Rahmen der Diskussion über die allgemeine europäische Krise der liberalen Demokratie gestellt, wird die gemeinsame Bedrohung durch Faschismus und Bolschewismus thematisiert. Zunächst noch ohne Verwendung des Totalitarismusbegriffs werden Faschismus und Bolschewismus als ‚gleichartige Phänomene‘ analysiert, die nicht nur in der Ablehnung der liberalen und demokratischen Grundlagen der modernen Gesellschafts- und Staatsordnung übereinstimmen, sondern auch in den diktatorischen Formen ihrer Machtausübung. Schon diese frühen Systemvergleiche führen — bei aller Anerkennung der inhaltlichen Unterschiede in den ideologischen Zielsetzungen — zur These von der strukturellen Gleichförmigkeit von Faschismus und Bolschewismus, zu deren Charakterisierung seit Ende der zwanziger Jahre der Begriff ‚Totalitarismus‘ in Gebrauch kommt⁹⁾. Die Anwendung dieses Begriffs auf das sowjetische Herrschaftssystem ist also keineswegs — wie verschiedentlich behauptet wird und auch noch in der neuesten Auflage eines verbreiteten Lexikons zur politischen Bildung zu lesen ist¹⁰⁾ — ein Produkt des Kalten Krieges nach 1945, sondern beginnt schon Ende der zwanziger Jahre, d. h. bereits vor dem Höhepunkt stalinistischer Herrschaftspraxis.

III. Die klassische Totalitarismustheorie

Neben seiner Verwendung in der politisch-publizistischen Kritik findet der Totalitarismusbegriff Eingang in die wissenschaftliche Diskussion und schließlich einen festen Platz in ihr bei den Bemühungen, die neuen diktatorischen Regime mit dem Begriffs- und Analyse-Instrumentarium der überkommenen Herrschaftsformenlehre zu erfassen und ein-

zuordnen. Dabei zeigt sich sehr bald, daß die Durchsetzung der politischen Systeme in Rußland, Italien und Deutschland mit ihrem ideologischen Ausschließlichkeitsanspruch und ihrem umfassenden Herrschaftszugriff auf Staat und Gesellschaft nicht als Neuauf-
lage von Religionskriegen und Absolutismus interpretiert werden kann, daß sie kein „Rück-

⁶⁾ J. Petersen, Die Entstehung des Totalitarismusbegriffs in Italien, in: M. Funke (Anm. 2), S. 105—128; H. Goetz, Totalitarismus. Ein historischer Begriff, in: Schweizerische Zeitschrift für Geschichte, 32 (1982), S. 163—174.

⁷⁾ Zit. nach J. Petersen (Anm. 6), S. 122.

⁸⁾ Vgl. dazu M. Jänicke, Totalitäre Herrschaft. Anatomie eines politischen Begriffs, Berlin 1971, Erstes Kapitel: Der faschistische Begriff totalitärer Herrschaft, S. 20—60.

⁹⁾ Vgl. dazu W. Schlangen, Theorie und Ideologie des Totalitarismus, Bonn 1972, Kap. III 2: Komparative Ansätze der Analyse von Faschismus und Kommunismus, S. 42—49.

¹⁰⁾ Gesellschaft und Staat. Lexikon der Politik. Baden-Baden 1984⁶⁾, S. 594: „Erst nach dem Auseinanderfallen der antifaschistischen Kriegskoalition nach 1945 wurde es üblich, den Totalitarismusbegriff auf die kommunistischen Staaten zu übertragen.“

fall Europas in das 16. oder 17. Jahrhundert" ist, sondern „etwas Neues in der Geschichte der westlichen Kultur“¹¹⁾. Es erweist sich als notwendig, das bisherige Demokratie-Diktatur-Schema der vergleichenden Herrschaftsformenlehre zu erweitern und zu modifizieren. Dies erfolgt ab Mitte der dreißiger bis etwa Mitte der fünfziger Jahre durch die neue Abgrenzung von autoritärer und totalitärer Diktatur sowie von liberaler und totalitärer Demokratie.

Bereits 1939 werden (auf der ersten wissenschaftlichen Tagung über den Totalitarismus in den USA) die Erkenntnisse über den besonderen Charakter der neuartigen Herrschaftsformen in folgenden Merkmalen zusammengefaßt:

— umfassender, sich alle individuellen und gesellschaftlichen Bestrebungen unterordnender Monopolanspruch der herrschenden Partei und ihres Führers;

— Massenbasis der totalitären Bewegungen in den unteren und mittleren Sozialschichten;

— Absicherung des monopolistischen Herrschaftsanspruchs mittels pseudodemokratischer Legitimierungstechniken unter Ausnutzung der Massenbeeinflussung durch neue technische Kommunikationsmittel;

— Aufwertung und rücksichtslose Anwendung von Macht und Gewalt nicht nur als Mittel zum Zweck, sondern um ihrer selbst willen¹²⁾.

Bei der Abgrenzung von autoritärer und totalitärer Diktatur gewinnt insbesondere die Frage nach den Beweggründen für die Entwicklung und den Einsatz der neuen Herrschaftstechniken Bedeutung. Im Gegensatz zur eher konservativen Orientierung herkömmlicher Diktaturen wird die Besonderheit totalitärer Herrschaft in der gewaltsamen Durchsetzung eines neuen, die bisherigen Ordnungsvorstellungen radikal umwälzenden gesellschaftlichen Wertsystems mit umfassendem Geltungsanspruch gesehen. In diesem Zusammenhang ist insbesondere die Arbeit von Hannah Arendt zu nennen¹³⁾. In ihr wird die Ablösung der traditionellen Legitimationsgrundlagen politischer Herrschaft durch die Berufung auf das ‚Recht der Natur‘ (im Nationalsozialismus) bzw. das ‚Gesetz der

Geschichte‘ (im Kommunismus) dargestellt und aus den Erfahrungen der Gewaltherrschaft beider Systeme in den dreißiger und vierziger Jahren die Verbindung von Ideologie und Terror als das eigentliche Wesen totalitärer Herrschaft hervorgehoben.

Der im Unterschied zum Faschismus und Nationalsozialismus proklamierte demokratische Selbstanspruch kommunistischer Systeme erfordert von der Totalitarismusforschung eine genauere Analyse dieses Demokratieverständnisses. Dazu hat Jakob L. Talmon mit seiner dreibändigen „Geschichte der totalitären Demokratie“ wesentlich beigetragen¹⁴⁾. In der Einleitung zum 1. Band unterscheidet er totalitäre und liberale Demokratie nach ihrer unterschiedlichen Einstellung zu Politik und Freiheit, zeigt ihren gemeinsamen Ursprung im Gedankengut der Aufklärung und ihre Trennung aus den Erfahrungen der Französischen Revolution und kommt aus dieser ideengeschichtlichen Ableitung zur Unterscheidung von linkem und rechtem (aus anti-aufklärerischen Wurzeln stammenden) Totalitarismus. Für den weiteren Verlauf der Diskussion ist die Feststellung wichtig, daß bereits in dieser Phase der Totalitarismusforschung neben den rechte und linke Systeme identifizierenden Merkmalen auch die differenzierenden berücksichtigt werden.

Eine Zusammenfassung der bisherigen Erkenntnisse über die Neuartigkeit totalitärer Herrschaft, die Gemeinsamkeiten faschistisch/nationalsozialistischer und kommunistischer Systeme und ihre Unterscheidung von allen anderen Herrschaftsformen bietet die allgemein als das repräsentative Werk der klassischen Totalitarismusforschung angesehene Studie von Carl J. Friedrich und Zbigniew K. Brzezinski¹⁵⁾. Die Autoren entwickeln einen Katalog von sechs grundlegenden, in wechselseitiger Beziehung stehenden Merkmalen zur Kennzeichnung und Abgrenzung totalitärer Herrschaft:

— eine alle lebenswichtigen Aspekte der menschlichen Existenz umfassende, auf einen

¹¹⁾ Vgl. dazu die gleichnamigen Beiträge von B. Lavergne und C. J. H. Hayes in: B. Seidel/S. Jenkner (Anm. 2), S. 64—85 und 86—100.

¹²⁾ C. B. H. Hayes (Anm. 11), S. 94ff.

¹³⁾ H. Arendt, *The Origins of Totalitarianism*, New York 1951, deutsch: *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft*, Frankfurt/Main 1955, Neuauflage 1975.

¹⁴⁾ J. L. Talmon, *The Origins of Totalitarian Democracy*, London 1952, deutsch: *Die Ursprünge der totalitären Demokratie*, Köln und Opladen 1961; ders., *Political Messianism. The Romantic Phase*, London 1959, deutsch: *Politischer Messianismus. Die Romantische Phase*, Köln-Opladen 1963; ders., *The Myth of the Nation and the Vision of Revolution. The Origins of Ideological Polarization in the 20th Century*, London 1981.

¹⁵⁾ C. J. Friedrich/Z. K. Brzezinski, *Totalitarian Dictatorship and Autocracy*, Cambridge (Mass.) 1956, 2. überarbeitete Aufl. 1965, deutsch: *Totalitäre Diktatur*, Stuttgart 1957; Auszüge aus der revidierten Auflage in B. Seidel/S. Jenkner (Anm. 2), S. 600 bis 634.

idealen Endzustand der Menschheit gerichtete Ideologie;

— eine einzige, straff und hierarchisch organisierte, der Staatsbürokratie übergeordnete oder mit ihr verflochtene Massenpartei;

— ein durch Partei- und Geheimpolizei-kontrolle verwirklichtes, sich moderner psychologischer Erkenntnisse bedienendes System psychischen oder physischen Terrors;

— ein Monopol der Massenkommunikationsmittel in den Händen von Partei und Staat;

— desgleichen ein Waffenmonopol;

— eine zentrale bürokratische Überwachung und Lenkung der gesamten Wirtschaft.

Der empirische Nachweis dieser Merkmale rechtfertigt es nach Auffassung der Autoren,

die faschistisch/nationalsozialistischen und kommunistischen Systeme bei aller Anerkennung ihrer unterschiedlichen historischen Voraussetzungen sowie Ziele und Absichten als „genügend gleichartig“ zu einer besonderen Klasse in der Herrschaftsformenlehre zusammenzufassen und sowohl den konstitutionellen Systemen als auch den älteren Formen der Autokratie gegenüberzustellen.

Bei der Anwendung der Totalitarismuskonzeption in der Faschismus- und Kommunismusforschung ergeben sich in späteren Detailanalysen jedoch eine Reihe von Problemen, die dazu führen, daß sich beide Forschungsbereiche zum Teil von der gemeinsamen theoretischen Grundlage lösen und eigene Wege gehen.

IV. Die Entwicklung in der Kommunismusforschung

Die Kommunismusforschung hat sich seit den sechziger Jahren so ausdifferenziert, daß inzwischen eine spezielle Überblicksliteratur entstanden ist¹⁶⁾. Die teils in Ergänzung, teils in Ablehnung der Totalitarismustheorie entwickelten Ansätze lassen sich in zwei Gruppen zusammenfassen: die modernisierungs- und die bürokratiethoretischen Konzeptionen.

Die Revision der Totalitarismustheorie in diesem Bereich geht aus von der Grundannahme, „daß es sich bei den bolschewistischen Systemen um einen ernst zu nehmenden Versuch handelt, eine moderne Industriegesellschaft zu schaffen und diese sinnvoll und auf Dauer zu ordnen“¹⁷⁾. Diese Systeme sind damit dem sozialen Wandel unterworfen und sozialen Konflikten ausgesetzt, für deren Untersuchung der bisherige Ansatz als nicht mehr ausreichend angesehen und durch eine mit den Kategorien der Konflikt- und Mobilitätsforschung arbeitende systemimmanente Analyse ersetzt wird.

Diese in der Bundesrepublik vor allem durch Peter C. Ludz¹⁸⁾ repräsentierte Richtung kommt zu folgenden Ergebnissen:

— Die kommunistischen Systeme sind nicht mehr durch die Verbindung von Ideologie und Terror charakterisiert, Individual- und Kollektivterror werden wesentlich reduziert; die Ideologie verliert ihre mobilisierende Kraft und nimmt immer mehr Leerformelcharakter an.

— In der Herrschaftsorganisation muß die Partei ihre willkürliche Macht Regeln unterwerfen, zu einem autoritär-pragmatischen Verhalten übergehen und die umfassenden sozialen Kontrollen vermindern.

— Insgesamt tendieren kommunistische Systeme unter industriegesellschaftlichen Bedingungen zu einer eher autoritären als totalitären Verfassung, die durch wechselseitige Anpassung von Partei und Gesellschaft gekennzeichnet ist.

Ludz präzisiert diese Entwicklung am Beispiel der DDR¹⁹⁾: Die Bewältigung der durch den wissenschaftlich-technischen Fortschritt hervorgerufenen Konflikte erfordert neue Wege der Koordination und Kooperation, die nicht

¹⁶⁾ G. Meyer, Sozialistische Systeme. Theorie- und Strukturanalyse, Opladen 1979; A. von Borcke/G. Simon, Neue Wege der Sowjetunion-Forschung. Beiträge zur Methoden- und Theoriediskussion, Baden-Baden 1980; V. Gransow, Konzeptionelle Wandlungen der Kommunismusforschung. Vom Totalitarismus zur Immanenz, Frankfurt/Main 1980; G. J. Glaebner, Sozialistische Systeme. Einführung in die Kommunismus- und DDR-Forschung, Opladen 1982.

¹⁷⁾ H. Zimmermann, Probleme der Analyse bolschewistischer Herrschaftssysteme, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, 12 (1961), S. 198.

¹⁸⁾ P. C. Ludz, Offene Fragen in der Totalitarismusforschung (1961); ders., Entwurf einer soziologischen Theorie totalitär verfaßter Gesellschaft (1964); beide in: B. Seidel/S. Jenkner (Anm. 2), S. 466—512 und 532—599.

¹⁹⁾ P. C. Ludz, Parteilite im Wandel. Funktionsaufbau, Sozialstruktur und Ideologie der SED-Führung, Köln und Opladen 1968.

mehr nur auf Zwang beruhen und die Fachleute in zumindest beratender Weise in die Entscheidungen einbeziehen. Damit wird totalitäre Herrschaft immer mehr durch eine Form ersetzt, für die Ludz aus amerikanischen Klassifizierungen den Begriff ‚konsultativer Autoritarismus‘ übernimmt.

In der internationalen Diskussion²⁰⁾ wird dieser Ansatz in den Rahmen des weltweiten industriegesellschaftlichen Modernisierungsprozesses gestellt. In ihm erscheinen kommunistische Systeme als eine Variante diktatorischer Mobilisierungsregime und totalitäre Herrschaft nur als eine Phase ihrer Entwicklung²¹⁾. Die in in- und ausländischen Beiträgen mit diesem Modernisierungskonzept häufig verbundene Hoffnung auf weitergehende Liberalisierung und Demokratisierung hat sich jedoch nicht erfüllt. Ludz kann für die DDR letztlich nur eine „partielle politische Modernisierung“ feststellen: „Die politisch relevanten Probleme des Wandels und der Modernisierung (werden) nach wie vor von der SED-Führung gelenkt, manipuliert und kontrolliert. Zudem war und ist es ein sichtliches Bestreben der Parteiführung, politische Artikulationsformen außerhalb der vorgegebenen Linie zu minimieren.“²²⁾

Erhalt und Stabilität der zentralisierten und umfassenden Partei Herrschaft bei fortschreitender Industrialisierung werden organisationssoziologisch mit dem Modell bürokratischer Herrschaft zu erklären versucht. Die Anwendung dieses Modells auf kommunistische Systeme ist in den USA entwickelt²³⁾ und auch von der deutschen Kommunismusforschung übernommen worden²⁴⁾. In kommunistischen Systemen wird die sich im Zuge des Industrialisierungsprozesses ausdehnende Bürokratie ideologisch und organisatorisch in den von der Partei gesetzten Rahmen eingefügt. Bürokratische Herrschaft ist deshalb in diesen Systemen durch die Einheit von politischer Führung und parteigebundener Verwaltung, Primat der politisch-administrativen Steuerung in allen wichtigen Bereichen, fortbestehende Zentralisierung der Verfügungsgewalt sowie Verselbständigung

der politisch-administrativen Führungsgruppen gegenüber der Gesellschaft gekennzeichnet. Zwar werden auch an dieses Herrschaftsmodell Demokratisierungshoffnungen geknüpft²⁵⁾, doch überwiegt die Auffassung, daß die genannten Merkmale einer auch nur partiellen Freigabe der politischen Zieldiskussion und gesellschaftlichen Beteiligung an Planung und Kontrolle enge Grenzen setzen.

Die Frage, ob mit diesen Konzeptionen autoritärer und bürokratischer Herrschaft die Anwendbarkeit der Totalitarismuskonzeption zumindest bei der Gegenwartsanalyse kommunistischer Systeme überholt ist, wird von Anfang an bis heute unterschiedlich beantwortet:

— Wird die Eigenart totalitärer Herrschaft primär in ihrer revolutionären Dynamik gesehen, so liegt nach dem Erlöschen dieser Dynamik die Einordnung gegenwärtiger kommunistischer Systeme als ‚nach-totalitäre Regime‘ in der Form autoritär-bürokratischer Partei Herrschaft nahe²⁶⁾.

— Wird dagegen das Schwergewicht auf die Herrschaftsstruktur gelegt und beim Wandel zum autoritären System auf die Selbstbeschränkung der Partei Herrschaft sowie auf die Reduzierung von Planung und Kontrolle der Gesellschaft abgestellt, so erscheint je nach dem feststellbaren Fortbestehen umfassender Partei Herrschaft, Planung und Kontrolle die Kategorie ‚totalitäre Herrschaft‘ auch noch auf die gegenwärtigen bürokratisierten kommunistischen Systeme anwendbar²⁷⁾.

Da beide Positionen auf respektablen Argumenten beruhen, ist insgesamt die Unsicherheit über die exakte Einordnung dieser Systeme eher gewachsen²⁸⁾. Diese Unsicherheit kommt der Totalitarismuskonzeption zugute, die auf die fortbestehende Nützlichkeit ihres Ansatzes verweisen kann²⁹⁾, die sich aber auch nicht der Einsicht verschließt, daß es erstens dringend sorgfältiger systematischer Vergleichsuntersuchungen bedarf, um die gemeinsamen und trennenden Elemente verschiedener totalitärer Systeme aufzuzeigen.

²⁰⁾ Vgl. dazu den Überblick bei T. H. Rigby, „Totalitarianism“ and Change in Communist Systems, in: *Comparative Politics*, 4 (1971/72), S. 433—453.

²¹⁾ C. Johnson (Ed.), *Change in Communist Systems*, Stanford (Cal.) 1970.

²²⁾ P. C. Ludz, *Mechanismen der Herrschaft*, Köln 1980, S. 65.

²³⁾ A. G. Meyer, *The Soviet Political System*, New York 1965.

²⁴⁾ G. Meyer, *Bürokratischer Sozialismus*, Stuttgart 1977; B. Meissner/G. Brunner /R. Löwenthal (Hrsg.), *Einparteiensystem und bürokratische Herrschaft in der Sowjetunion*, Köln 1978.

²⁵⁾ E. Jahn, *Bürokratischer Sozialismus. Chancen der Demokratisierung?*, Frankfurt/Main 1982.

²⁶⁾ So Richard Löwenthal in mehreren Publikationen, zuletzt: *Jenseits des Totalitarismus?*, in: D. Hasselblatt (Hrsg.), (Anm. 1), S. 204—270, insb. S. 209 und 259.

²⁷⁾ B. Meissner, *Das Sowjetsystem und seine Wandlungsmöglichkeiten*, Bern 1976, insb. S. 25f.

²⁸⁾ Dies wird besonders deutlich bei M. Curtis, *Totalitarianism*, New Brunswick-London 1980², insb. Kap. 9: *From Totalitarianism to Authoritarianism*, S. 107—115.

²⁹⁾ Vgl. dazu A. J. Gregor, „Totalitarianism“ Revisited, in: E. A. Menze (Ed.), (Anm. 2), S. 130—145.

und daß zweitens in ihre Theorie eine dynamische Analyse des Wandels innerhalb dieser Systeme und der Systeme im ganzen einzubeziehen ist³⁰⁾.

Für die Weiterentwicklung der Totalitarismustheorie hat Peter Graf Kielmannsegg einen Entwurf vorgelegt, in dem totalitäre Herrschaft durch die Kombination folgender Merkmale charakterisiert wird: „monopolistische Konzentration der Chancen der Einflußnahme in einem Führungszentrum; prinzipiell unbegrenzte Reichweite der Entscheidungen des politischen Systems und prinzipiell unbeschränkte Intensität der Sanktionen (genauer: prinzipiell unbeschränkte Freiheit, Sanktionen zu verhängen)“³¹⁾. Diese Kategorien sind von Georg Brunner in einer neueren Analyse des politischen Systems der Sowjetunion verwendet worden. Der Autor kommt zu dem Ergebnis, daß bei allen feststellbaren Veränderungen „die monistische Herrschaftsstruktur, der totale Herrschaftsumfang und die totale Herrschaftsausübung... die konstanten Rahmenbedingungen jeglichen Wandels geblieben (sind)“ und deshalb die Sowjetunion nach wie vor als ‚totalitäre Diktatur‘ bezeichnet werden kann³²⁾.

Die eingangs betonte Ausdifferenzierung der Analyseansätze trifft auch auf die innersozialistische Diskussion zu³³⁾; in ihr sind ebenfalls unterschiedliche Einstellungen zur Totalitarismustheorie feststellbar. Aus orthodox-marxistischer Sicht wird sie als eine Bürgertum und Sozialdemokratie vereinende antikomunistische Integrationsideologie strikt abgelehnt³⁴⁾. Weniger eindeutig sind die Positionen im übrigen breiten Spektrum sozialisti-

scher Strömungen. Zur klassischen Totalitarismuskonzeption haben in den dreißiger und vierziger Jahren sozialistische Autoren wichtige Beiträge geleistet. Die innen- und außenpolitische Verwendung des Totalitarismusbegriffs in der politisch-publizistischen Propaganda des Kalten Krieges und die in die Entstalinisierung gesetzten Reformhoffnungen haben später in der innersozialistischen Diskussion durchweg zur Abkehr von der Totalitarismustheorie geführt.

Hier ist neuerdings ein bemerkenswerter Wandel zu verzeichnen: Vor allem dissidente Philosophen und Sozialwissenschaftler aus osteuropäischen Ländern kehren in der Auseinandersetzung mit den Analysen der westlichen Linken zur Totalitarismuskonzeption als Erklärungsmuster für die Systeme des ‚realen Sozialismus‘ zurück. Repräsentatives Beispiel dafür sind die aus der ‚Budapester Schule‘ um Georg Lukács und András Hegedüs stammenden Autoren Agnes Heller, Ferenc Fehér und György Markus. Sie registrieren auch noch in den gegenwärtigen Gesellschaften sowjetischen Typs die Identität von öffentlicher und privater Sphäre, Unterdrückung und letzte Beseitigung der *società civile* sowie Eliminierung jeglicher anerkannter Form von Pluralismus und charakterisieren diese „rein politischen Gesellschaften“ als totalitäre Systeme³⁵⁾.

Auch in den ‚Orwell-Jahr‘-Diskussionen greifen sozialistische Autoren bei der Analyse kommunistischer Systeme auf die Totalitarismuskonzeption zurück. Dabei registriert allerdings der polnische Philosoph Leszek Kolakowski eine „Abkehr von der totalitären Perfektion“³⁶⁾ und der jugoslawische Regime-Kritiker Milovan Djilas eine in den einzelnen osteuropäischen Staaten unterschiedlich starke und fortgeschrittene Auflösung der totalitären Herrschaftsstruktur³⁷⁾.

³⁰⁾ J. J. Linz, *Totalitarianism and Authoritarianism*, in: *Macropolitical Theory. Handbook of Political Science*, Vol. 3, Reading (Mass.) 1975, S. 246f.

³¹⁾ P. Graf Kielmannsegg, *Krise der Totalitarismustheorie?*, in: M. Funke (Hrsg.), (Anm. 2), S. 75.

³²⁾ G. Brunner, *Politische Soziologie der UdSSR*, Wiesbaden 1977, Band 2, S. 193.

³³⁾ Vgl. dazu außer den einschlägigen Kapiteln in der genannten Überblicksliteratur R. Rilling, *Zur Geschichte der Sozialismusanalyse der intellektuellen Linken der BRD seit Mitte der sechziger Jahre*, in: P. Brokmeier/R. Rilling (Hrsg.), *Beiträge zur Sozialismusanalyse*, Köln 1978, Band 1, S. 23–53.

³⁴⁾ Vgl. dazu R. Opitz, *Zur Entwicklungsgeschichte der Totalitarismustheorie*, in: F. Deppe u. a. (Hrsg.), *Marxismus und Arbeiterbewegung*, Frankfurt/Main 1980, S. 106–122.

³⁵⁾ A. Heller/F. Fehér/G. Markus, *Der sowjetische Weg. Bedürfnisdiktatur und entfremdeter Alltag*, Hamburg 1983, insb. Teil 2, Kap. 2: *Die Sowjetgesellschaften als totalitäres System*, S. 182–193.

³⁶⁾ L. Kolakowski, *Totalitarismus und die Wirksamkeit der Lüge*, in: D. Hasselblatt (Hrsg.), (Anm. 1), S. 87–101.

³⁷⁾ M. Djilas, *Die Auflösung des Leninistischen Totalitarismus*, in: D. Hasselblatt (Hrsg.), (Anm. 1), S. 188–201.

V. Die Entwicklung in der Faschismusforschung

In der Faschismusforschung ist die konzeptionelle Vielfalt eher noch größer als in der Kommunismusforschung³⁸⁾. Die zahlreichen Analyseansätze lassen sich — in Anlehnung an die Gliederung von Karl Dietrich Erdmann³⁹⁾ — in drei Haupttypen zusammenfassen:

— die marxistische kausale Ableitung des Faschismus aus den Widersprüchen der kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung;

— die Subsumierung von Faschismus und Kommunismus unter dem Totalitarismusbegriff aufgrund ihrer strukturellen Übereinstimmungen;

— die ‚phänomenologische‘ Interpretation des Faschismus als eines unableitbaren und nur von sich aus darstellbaren Phänomens.

Die letztgenannte, vor allem von Ernst Nolte repräsentierte Konzeption⁴⁰⁾ versteht sich aber nicht wie die marxistische als eine Gegenposition zur Totalitarismustheorie: Nolte hat gegen mißverständliche Interpretationen selbst betont, daß seine Untersuchung „ein Beitrag zur Vertiefung und Bereicherung des Totalitarismusbegriffs (war) und keineswegs ein Versuch zu dessen ‚Überwindung‘“⁴¹⁾.

Die Auseinandersetzungen um die Totalitarismuskonzeption in der Faschismusforschung werden — abgesehen von der grundsätzlichen Gegnerschaft der seit den sechsziger Jahren wiederbelebten orthodox- und neomarxistischen Konzeptionen⁴²⁾ — vor allem von zwei Kontroversen geprägt:

— zum einen von der um die Frage, ob sich das nationalsozialistische Deutschland und das faschistische Italien überhaupt unter dem Faschismusbegriff zusammenfassen lassen,

— zum anderen von der um die Frage, inwieweit beide Systeme eigentlich den Merkmalen totalitärer Herrschaft entsprechen.

Am entschiedensten wendet sich Karl Dietrich Bracher dagegen, den Faschismusbegriff aus seinem ursprünglichen italienischen Zusammenhang zu lösen und zu einem allgemeinen Gattungsbegriff für antidemokratische und antisozialistische rechte Bewegungen auszudehnen: „Das läuft entweder auf eine Dämonisierung aller Diktaturtendenzen oder aber auf eine Bagatellisierung derjenigen Regime hinaus, die wie das nationalsozialistische Gewalt- und Vernichtungssystem auch vom italienischen Faschismus weit und prinzipiell unterschieden sind“⁴³⁾. In der lebhaften Diskussion zu dieser Kritik⁴⁴⁾ dominiert eine mittlere Position, die weder den Faschismus noch den Totalitarismusbegriff verwirft, sondern beide — sinnvoll definiert — als nützliche, sich keineswegs ausschließende, sondern einander ergänzende analytische Kategorien akzeptiert. Der — in dieser Zeitschrift bereits an anderer Stelle⁴⁵⁾ erläuterte — Ansatz betont am Nationalsozialismus dessen antiliberaldemokratische, totalitär-diktatorische Elemente, die ihn mit kommunistischen Systemen vergleichbar machen, hebt aber auch jene ‚linke‘ und ‚rechte‘ Diktaturen trennender Besonderheiten des Faschismus hervor, die die Regime in Italien und Deutschland verbinden.

Bei der Detailanalyse beider Systeme wird deutlich, daß das faschistische Italien nur begrenzt dem totalitären Selbstanspruch gerecht geworden ist⁴⁶⁾. Seine eindeutige Einordnung in das Kategorienschema totalitär-autoritär scheint auch nach der gegenwärtigen Forschungslage noch nicht möglich zu sein: Die Auffassung, „daß sich das faschistische Regime nur graduell, nicht prinzipiell von den entfalteten totalitären Regimen der Zwischenkriegszeit unterschied“, wird aus-

³⁸⁾ Vgl. E. Nolte, Theorien über den Faschismus, Köln 1979⁵; R. De Felice, Le interpretazioni del fascismo, Bari 1969, deutsch: Die Deutungen des Faschismus, Göttingen 1980; W. Wippermann, Faschismustheorien, Darmstadt 1980⁴; A. J. Gregor, Interpretations of Fascism, New York 1974; G. Schulz, Faschismus — Nationalsozialismus. Versionen und theoretische Kontroversen 1922—1972, Berlin 1974.

³⁹⁾ K. D. Erdmann, Nationalsozialismus — Faschismus — Totalitarismus, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht, 27 (1976), S. 457—469.

⁴⁰⁾ E. Nolte, Der Faschismus in seiner Epoche, München 1979⁵.

⁴¹⁾ Ders., Despotismus — Totalitarismus — Freiheitliche Gesellschaft, in: ders., Was ist bürgerlich?, Stuttgart 1979, S. 124.

⁴²⁾ Vgl. dazu R. Saage, Faschismustheorien, München 1976; R. Kühn, Faschismustheorien, Reinbek bei Hamburg 1979.

⁴³⁾ K. D. Bracher, Institut für Zeitgeschichte (Hrsg.), Zeitgeschichtliche Kontroversen. Um Faschismus, Totalitarismus, Demokratie, München 1976, S. 31f.

⁴⁴⁾ Vgl. dazu: Totalitarismus und Faschismus. Eine wissenschaftliche und politische Begriffskontroverse, München 1980.

⁴⁵⁾ J. Kocka, Ursachen des Nationalsozialismus, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 25/80, S. 3—15.

⁴⁶⁾ A. Aquarone, L'organizzazione dello Stato totalitario, Torino 1965; das Schlußkapitel ‚The Total State and Personal Dictatorship‘ ist abgedruckt in: A. Menze (Ed.) (Anm. 2), S. 81—96. Eine Übersicht über den neueren Forschungsstand bietet J. Petersen, in: Institut für Zeitgeschichte (Hrsg.), Der italienische Faschismus. Probleme und Forschungstendenzen, München 1983, S. 13—42.

drücklich als „vorläufige These“ bezeichnet⁴⁷⁾.

Auch für das nationalsozialistische Deutschland werden Einschränkungen des totalitären Charakters geltend gemacht. Martin Greiffenhagen stuft das NS-System nicht als totalitäres, sondern als autoritäres Regime ein, weil es nicht den Umsturz der herrschenden Gesellschaftsordnung gewollt habe und weil die beabsichtigte Gleichschaltung nicht durchgängige Realität gewesen sei⁴⁸⁾. In der neueren Diskussion bezweifelt insbesondere Hans

Mommsen den Nutzen der Interpretation des NS-Systems als totalitäre Diktatur, weil dessen Organisations- und Herrschaftsstruktur eher eine überwiegend irrationale und ineffektive Polykratie konkurrierender Führungsgruppen gewesen sei⁴⁹⁾. In der anhaltenden Diskussion über diese Thesen⁵⁰⁾ wird jedoch von einem Teil der Fachvertreter auch unter Anerkennung der genannten Einschränkungen am Erklärungswert der Totalitarismustheorie für das nationalsozialistische Herrschaftssystem festgehalten.

VI. Die Entwicklung in der vergleichenden politischen Systemforschung

Die Vergleichsforschung — eine traditionsreiche Teildisziplin der Staats- und Politikwissenschaft — arbeitet seit dem Aufkommen der konstitutionellen Systeme und ihrer fortschreitenden Demokratisierung mit der Gegenüberstellung von Konstitutionalismus (Demokratie) und Autokratie (Diktatur)⁵¹⁾. Es wurde bereits erwähnt, daß aus den Schwierigkeiten mit der Einordnung der neuen diktatorischen Regime in Rußland, Italien und Deutschland die Totalitarismustheorie entsteht. Die von ihr vorgeschlagene Unterteilung der Autokratie in die (traditionelle) autoritäre und (neuartige) totalitäre Diktatur geht in die allgemeine Vergleichslehre ein; von der deutschen Politikwissenschaft wird dieser differenzierende Ansatz vor allem in der von Karl Loewenstein formulierten Fassung übernommen und rezipiert⁵²⁾.

Loewenstein unterscheidet auf der Grundlage einer neuentwickelten Gewaltenteilungslehre zunächst — je nach geteilter oder ungeteilter Machtausübung und -kontrolle — das polykratische System des Konstitutionalis-

mus von der Autokratie. Letztere wird dann weiter untergliedert in

— autoritäre Regime, die ihr Machtmonopol vor allem zur Verteidigung der bestehenden Regierungsstruktur benutzen, ohne wesentlich in die Gesellschaftsordnung einzugreifen;

— totalitäre Systeme, deren Machtanspruch das gesamte politische und gesellschaftliche Leben in „tyrannischer Ausschließlichkeit“ umfaßt.

Dieses Klassifikationsschema ist in der Folgezeit immer wieder verwendet worden; es liegt dem Standardwerk von Theo Stammen⁵³⁾ zugrunde und auch der neueren, noch nicht abgeschlossenen Darstellung von Georg Brunner⁵⁴⁾. Eine etwas modifizierte Fassung bietet Bernard Crick⁵⁵⁾, der auf der Grundlage eines differenzierten Merkmalkatalogs republikanische, autoritäre und totalitäre Regierung als die drei Grundformen politischer Systeme unterscheidet.

Das Aufkommen mannigfaltiger Formen politischer Herrschaft in den Ländern der Dritten Welt stellt die Vergleichsforschung vor neue Probleme. Die anfänglichen Versuche, diese Regime lediglich als Übergangsformen auf dem Wege entweder zur liberalen Demokratie oder zur totalitären Diktatur einzuordnen, erweist sich bald als unzureichend⁵⁶⁾; außerdem erschwert der rasche Wandel dieser Regime überhaupt ihre Erfassung mit dem bisherigen Kategorienschema. Diese Einsichten

⁵³⁾ Th. Stammen, *Regierungssysteme der Gegenwart*, Stuttgart 1972³.

⁵⁴⁾ G. Brunner (Anm. 51).

⁵⁵⁾ B. Crick, *Basic Forms of Government*, London 1973, deutsch: *Grundformen politischer Systeme*, München 1975.

⁵⁶⁾ Vgl. dazu R. Löwenthal, *Staatsfunktionen und Staatsformen in Entwicklungsländern*, in: *Die Demokratie im Wandel der Gesellschaft*, Berlin 1963, S. 164—192.

⁴⁷⁾ W. Schieder, in: *Institut für Zeitgeschichte* (Hrsg.) (Anm. 46), S. 64f.

⁴⁸⁾ M. Greiffenhagen, *Der Totalitarismus in der Regimelehre*, in: *ders./R. Kühnl/J. B. Müller, Totalitarismus. Zur Problematik eines umstrittenen Begriffs*, München 1972, S. 51.

⁴⁹⁾ H. Mommsen, *The Concept of Totalitarian Dictatorship vs. the Comparative Theory of Fascism. The Case of National Socialism*, in: E. A. Menze (Ed.), (Anm. 2), S. 146—166.

⁵⁰⁾ Vgl. dazu K. Hildebrand, *Monokratie oder Polykratie? Hitlers Herrschaft und das Dritte Reich*, in: K. D. Bracher/M. Funke/H.-A. Jacobsen, (Hrsg.), *Nationalsozialistische Diktatur 1933—1945. Eine Bilanz*, Schriftenreihe der Bundeszentrale für Politische Bildung, Band 192, Bonn 1983, S. 73—96.

⁵¹⁾ Vgl. dazu G. Brunner, *Vergleichende Regierungslehre*, Band 1, Paderborn 1979, Kap. I.2: *Geschichte der Vergleichenden Regierungslehre*, S. 22—45.

⁵²⁾ K. Loewenstein, *Political Power and Governmental Process*, Chicago 1957, deutsch: *Verfassungslehre*, Tübingen 1969²).

führen zu einer Neuorientierung der Vergleichsforschung⁵⁷⁾:

— verstärkte Zuwendung zu den Herrschaftsformen der Dritten Welt;

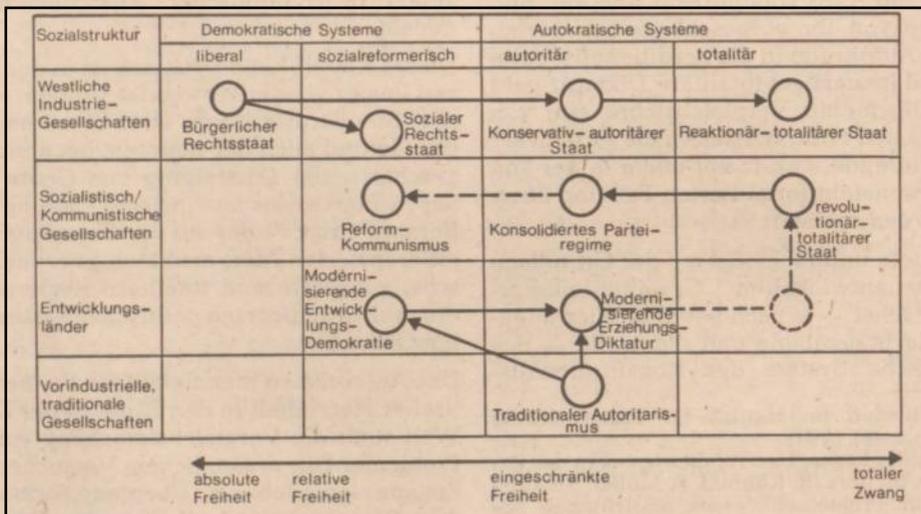
— Erweiterung des Kategorienschemas für den Vergleich über den engeren politisch-institutionellen Bereich hinaus auf alle politisch relevanten Erscheinungsformen des gesellschaftlichen Lebens — insbesondere die politische Kultur — und ihres Wandels;

— schließlich Verlagerung des Vergleichsmaßstabes von den Prinzipien der liberalen Demokratie zur allgemeinen, „wertneutralen“ Orientierung an den jeweiligen Aufgaben und Leistungen der politischen Systeme (strukturell-funktionale Analyse).

Die auf dieser Grundlage vorgenommenen Untersuchungen⁵⁸⁾ kommen zu neuen Klassifikationen, in denen die bisherigen Typen — Demokratie/(autoritäre und totalitäre) Diktatur/Entwicklungsländer — nach verschiedenen Kriterien in eine mehr oder minder große Zahl von Unter- und Zwischenformen aufgelöst werden⁵⁹⁾. Da in der gegenwärtigen Welt die nichtdemokratischen Regime bei

weitem überwiegen, wird ihnen besondere Aufmerksamkeit gewidmet⁶⁰⁾. Dabei findet das Modell totalitärer Herrschaft unterschiedliche Berücksichtigung. Amos Perlmutter hält in seiner neueren Untersuchung über den modernen Autoritarismus⁶¹⁾ dieses Modell zwar für anwendbar auf einzelne Entwicklungsphasen kommunistischer Systeme, namentlich der Sowjetunion, Chinas und Vietnams, verwendet es aber nicht als Sammelbegriff für kommunistische und nationalsozialistisch/faschistische Systeme. Für ihn sind vielmehr bolschewistischer Kommunismus, Nazismus und Faschismus selbständige Typen des modernen Autoritarismus. Dagegen beharrt Juan J. Linz⁶²⁾ nach einer detaillierten Auseinandersetzung mit der Totalitarismuskritik auf der Nützlichkeit der Unterscheidung von autoritären und totalitären Regimen, widmet seine Aufmerksamkeit aber besonders den vor- und nachtotalitären Übergangsformen autoritärer Herrschaft.

Um eine Synthese der älteren und neueren Ansätze in der Systemvergleichsforschung bemüht sich Gerhard Wuthe mit folgendem Klassifikationsschema⁶³⁾:



Es verbindet die klassische Gegenüberstellung von Demokratie und Autokratie mit den strukturell-funktionalen Ansätzen, nament-

lich von Almond und Blondel, und kommt damit zu einem totalitäre Herrschaftsformen einschließenden Ablaufschema tatsächlicher und potentieller Systemveränderungen.

⁵⁷⁾ Vgl. dazu die Übersichten von G. Doeker (Hrsg.), Vergleichende Analyse politischer Systeme, Freiburg 1971; Th. Stammen (Hrsg.), Vergleichende Regierungslehre, Darmstadt 1976; J. Hartmann (Hrsg.), Vergleichende Politische Systemforschung, Köln 1980.

⁵⁸⁾ Richtungsweisend: G. A. Almond/G. Bingham Powell, Comparative Politics, Boston 1978²; J. Blondel, An Introduction to Comparative Government, London 1969. Auszüge aus beiden in: Th. Stammen (Anm. 57), S. 63—161.

⁵⁹⁾ Die am häufigsten verwendeten Typen sind auf-

gelistet und erläutert bei D. Berg-Schlösser/H. Maier/Th. Stammen, Einführung in die Politikwissenschaft, München 1977², S. 222—248.

⁶⁰⁾ Vgl. H. F. Illy/R. Sielaff/N. Werz, Diktatur — Staatsmodell für die Dritte Welt?, Freiburg 1980.

⁶¹⁾ A. Perlmutter, Modern Autoritarianism. A Comparative Institutional Analysis, New Haven and London 1981, S. 67f. und 89ff.

⁶²⁾ J. J. Linz (Anm. 30), S. 241 ff. und 332ff.

⁶³⁾ G. Wuthe, Die Lehre von den politischen Systemen, München 1981², S. 220.

VII. Totalitarismus als allgemeine Tendenz in der modernen Gesellschafts- und Staatsentwicklung

Es hat in den Sozialwissenschaften wiederholt Versuche gegeben, den Anwendungsbereich der Totalitarismustheorie über die faschistisch/nationalsozialistischen und kommunistischen Systeme hinaus auf die moderne Gesellschafts- und Staatsentwicklung generell auszudehnen. Bereits in der Frühzeit der Totalitarismusforschung sind solche Ansätze nachweisbar⁶⁴); größere Aufmerksamkeit hat aber erst Herbert Marcuses These vom totalitären Charakter der modernen Industriegesellschaft in Ost und West gefunden⁶⁵). Marcuse begründet seine Auffassung mit der technisch-ökonomischen Gleichschaltung und Manipulation der Gesellschaft und charakterisiert die westlichen Staaten — und insbesondere die USA — als „Demokratie mit totalitärer Organisation“⁶⁶). Diese — auch innerhalb der linken Demokratie-Kritik umstrittene⁶⁷) — Anwendung des Totalitarismusbegriffs hat sich jedoch in der weiteren wissenschaftlichen Diskussion ebensowenig durchsetzen können wie Roland Huntfords Kennzeichnung des entwickelten (schwedischen) Sozialstaats als totalitäre Wohlfahrtsdiktatur mit einer manipulativ erzeugten „Liebe zur Knechtschaft“⁶⁸).

Allerdings ist die Sensibilität für totalitäre Gefährdungen und Versuchungen auch in liberal-demokratischen Systemen gewachsen. In der innersozialistischen Diskussion über die Weiterentwicklung der liberalen und sozialen Demokratie wird gewarnt, bei der angestrebten sozialistischen Umgestaltung liberale Freiheits- und Partizipationsrechte zugunsten totalitärer Verfügungsgewalt über die Gesellschaft aufzugeben⁶⁹). Die in diesem Zusammenhang von Revel beschworene Gefahr eines „Verlangens nach Totalitarismus“ macht deutlich, daß totalitäre Herrschaft „auch heute und für absehbare Zeit eine mög-

liche Konsequenz und Gefahr des Modernisierungsprozesses (bleibt)“⁷⁰).

Auf diese Gefahr wird besonders in den ‚Orwell-Jahr‘-Diskussionen eingegangen, zum Teil unter ausdrücklichem Bezug auf die genannten Autoren. Der dänische Schriftsteller Henrik Stangerup kritisiert scharf die skandinavischen Sozialdemokraten und sieht im Anschluß an Huntford Schweden weiterhin auf dem Weg in eine „totalitäre Sozialordnung westlicher Prägung“⁷¹). Mit Berufung auf Marcuse überprüft Hans Karl Rupp die Anwendbarkeit der Totalitarismustheorie auf die Analyse westlicher Gesellschaften. Ausgehend von einer umfassenden Kritik der innenpolitischen Entwicklung der Bundesrepublik hält er die Umwandlung der liberalen Demokratie in eine totalitäre Diktatur für „vorstellbar als nach und nach symbiotische Verbindung von staatlicher Bürokratie, staatlichem Gewaltapparat, Justiz und Führungszentralen der großen Parteien und Verbände“⁷²).

Während Rupp noch vorsichtig argumentiert und lediglich von „denkbaren“ und „vorstellbaren“ Tendenzen spricht, wird in anderen Beiträgen sehr viel unbefangener totalitäre Realität und Zwangsläufigkeit behauptet:

— Für Alfred Paffenholz ist die Orwellsche Vision der Allmacht des Staates sowie der totalen Fremdbestimmung und Kontrolle des Bürgers „vielerorts — und vor allem im Bereich ‚Innere Sicherheit‘ — längst Realität geworden, oft genug sogar übertroffen worden“⁷³);

— Werner Meyer-Larsen meint: „der friendly fascism einer Technikgesellschaft ist da und nicht zu bremsen... Je fortgeschrittener Technologie und einseitiger Industrialismus, desto totalitärer das politische System“⁷⁴).

An diesen neueren Beiträgen fällt auf, daß sie lediglich mit der Alternative liberal-totalitär arbeiten und den inzwischen erreichten Dis-

⁶⁴) Vgl. M. Jänicke (Anm. 8), Kap. 1.2.3.: Die Einbeziehung der westlichen Demokratie in das kritische Totalitarismus-Schema, S. 110—123.

⁶⁵) H. Marcuse, *One-Dimensional Man*, Boston 1964, deutsch: *Der eindimensionale Mensch*, Neuwied 1980¹⁴.

⁶⁶) Ders., *Repressive Toleranz*, in: R. P. Wolff/B. Moore/H. Marcuse, *Kritik der reinen Toleranz*, Frankfurt/Main 1966, S. 108.

⁶⁷) Vgl. R. Kühnl, ‚Linke‘ Totalitarismusversionen, in: M. Greiffenhagen/R. Kühnl/J. B. Müller (Anm. 48), S. 91—119.

⁶⁸) R. Huntford, *The New Totalitarians*, London 1971, deutsch: *Wohlfahrtsdiktatur. Das schwedische Modell*, Frankfurt/Main 1973.

⁶⁹) J.-F. Revel, *La Tentation totalitaire*, Paris 1975, deutsch: *Die totalitäre Versuchung*, Frankfurt/Main 1976.

⁷⁰) K. D. Bracher (Anm. 43), S. 59.

⁷¹) H. Stangerup, *Wo sich der „Große Bruder“ bereits eingerichtet hat: Skandinavien. Auf dem Weg in den totalen Sozialstaat*, in: *Der Monat*, (1984) 1, S. 100.

⁷²) H. K. Rupp, *Einige Bemerkungen zum Totalitarismusbegriff*, in: *liberal*, (1982) 24, S. 184. Ein neuerer Beitrag von H. K. Rupp, „1984 — ein neues Feld für die Totalitarismusforschung?“, vorgetragen auf der Orwell-Tagung der Theodor-Heuss-Akademie im Oktober 1983, ist noch nicht veröffentlicht.

⁷³) A. Paffenholz, *Einleitung zu: ders. (Hrsg.), (Anm. 1), S. 6.*

⁷⁴) W. Meyer-Larsen, 1984 — *Industrialismus und Diktatur*, in: *ders. (Hrsg.), (Anm. 1), S. 66.*

kussions- und Erkenntnisstand der Totalitarismus- und Autoritarismusforschung über die Zwischen- und Übergangsformen politischer Herrschaft zwischen den beiden Extremmodellen unberücksichtigt lassen. Diese verkürzte Perspektive und der durchgehend polemische Gebrauch des Begriffs ‚totalitär‘ mindern den analytischen Wert der Beiträge für eine demokratiekritische Analyse der neueren technologisch-ökonomischen Entwicklungen in westlichen Gesellschaften.

Umstritten bleibt auch die Frage, ob die technologische Entwicklung totalitäre Tendenzen begünstigt oder nicht. Gegen die pessimistischen Prognosen wendet z. B. Hermann

Lübbe ein, „daß gerade die technische Evolution den Totalitarismus nicht wahrscheinlicher, sondern ganz im Gegenteil unwahrscheinlicher machen wird“⁷⁵⁾, weil mit dem Komplexitätsgrad moderner Gesellschaften und der Perfektion der Massenkommunikationsmittel die Dispositionsfreiheiten der Individuen nicht ab-, sondern zunehmen. Die politische Nutzung der technischen Möglichkeiten könne nicht eo ipso unter Totalitarismusverdacht gestellt werden: „Hier bleibt die entscheidende Differenz die, wer es denn sei, der sich der technischen Mittel bedient“⁷⁶⁾. Auch in der innersozialistischen Diskussion wird die „lähmende Attraktivität“ kritisiert, „die ‚1984‘ für Linke hat“^{76a)}.

VIII. Zusammenfassung

Bedeutung und Problematik des Totalitarismusbegriffs liegen darin, daß er zu jenen „Schlüsselwörtern in der Geschichte“ gehört, die sowohl „Vehikel der notwendigen Begrifflichkeit und Verständigung“ als auch „Träger von Interpretation und Wertung“ sind⁷⁷⁾ und sich damit nicht nur als Kategorien wissenschaftlicher Analyse, sondern auch als politische Kampfbegriffe verwenden lassen. Diese doppelte Eigenschaft teilt der Begriff allerdings mit den meisten zentralen Begriffen der Politikwissenschaft; deshalb ist auch die Forderung, auf ihn wegen des tatsächlichen oder möglichen politischen Mißbrauchs zu verzichten, wenig hilfreich. Konsequenter angewendet, würde diese Forderung die politikwissenschaftliche Diskussion insgesamt in eine von der politischen Realität völlig abgehobene abstrakte Kunstsprache verweisen. Die Wissenschaft hat über die Verwendung ihrer Begriffe nach deren analytischer Brauchbarkeit zu entscheiden.

Aus der bisherigen Darstellung sollte deutlich geworden sein, daß die Entwicklung der Totalitarismusforschung nicht als ein politisch motiviertes Wechselbad von Hoch-Zeit, Niedergang und Wiederaufstieg interpretiert werden kann. Dieser Forschungsbereich hat vielmehr ein durchaus ‚normales‘ Schicksal wissenschaftlicher Erkenntnis. Er entsteht, weil ein aktuelles politisches Phänomen (die neuartigen Diktaturen) mit dem bisherigen Instrumentarium nicht mehr angemessen analysiert werden kann. Die Herausforderung der westlichen Demokratien durch diese neuen politischen Systeme verschafft der Totalitarismustheorie eine zeitweilig herausgehobene Stellung in der Vergleichsforschung.

Veränderungen des Untersuchungsgegenstandes (die nachstalinistische Entwicklung in den kommunistischen Staaten), Verlagerungen des Forschungsinteresses (auf die politischen Systeme der Dritten Welt) sowie neue Erkenntnisse der Detailanalysen (in der Faschismus- und NS-Forschung) bewirken den üblichen Prozeß des wissenschaftlichen Fortschritts: Modifizierungen der Theorie, Relativierung ihrer Bedeutung, Konkurrenz mit anderen Erklärungsmustern. Die Totalitarismustheorie tritt in diesem Prozeß aus ihrer exponierten Stellung in das Glied der Wissenschaft zurück; behauptet dort aber ihren Platz neben anderen Konzeptionen.

Der Schwerpunkt des Interesses in der internationalen Vergleichsforschung liegt gegenwärtig mehr bei der Vielzahl nichtdemokratischer Systeme. Für die Unterscheidung der Herrschaftsstrukturen innerhalb dieser Gruppe, aber auch für die Analyse der Entwicklung demokratischer Herrschaftsformen wird eine flexible Totalitarismustheorie wohl weiterhin Verwendung finden, solange wir in einem „Zeitalter der Ideologien und ihrer totalitären Gefährdungen“⁷⁸⁾ leben.

⁷⁵⁾ H. Lübbe, Totalitarismus. Anmerkungen zu George Orwell 1984, in: H. Neumann/H. Scheer (Hrsg.), (Anm. 1), S. 106.

⁷⁶⁾ Ebd., S. 107.

^{76a)} Editorial zu B.-P. Lange/A.M. Stuby (Hrsg.), „1984“, Argument-Sonderband 105, Berlin 1984, S. 6.

⁷⁷⁾ K. D. Bracher, Schlüsselwörter in der Geschichte, Düsseldorf 1978, S. 88.

⁷⁸⁾ K. D. Bracher, Zeit der Ideologien. Eine Geschichte des politischen Denkens im 20. Jahrhundert, Stuttgart 1982, S. 394.

Neue Konzepte der Kommunismusforschung

I. Analysekonzepte der siebziger Jahre

Was ist ein kommunistisches System? Diese Frage stellt Stephen White in einem Artikel in der Zeitschrift „Studies in Comparative Communism“ im Jahre 1983. Eine erstaunliche Frage nach etwa vierzig Jahren systematischer Kommunismusforschung. Vor zwanzig oder dreißig Jahren sei es — so Stephen White — noch relativ einfach gewesen, kommunistische Systeme zu identifizieren: Sie repräsentierten das sowjetische Modell einer Parteierrschaft leninistischen Typs, mit einer marxistisch-leninistischen Partei als Führungskraft, zentralisierter Wirtschaft und einer verbindlichen Ideologie.

Heute ist es wesentlich schwieriger, klare und eindeutige Aussagen zu machen: Die kommunistischen Staaten stellen keinen kohärenten Block mehr dar. Die „Risse im Mololith“, die Karl W. Deutsch zu Beginn der sechziger Jahre bemerkte, haben sich vertieft. Und zweitens hat sich durch die Ausbreitung kommunistischer und sozialistischer Regime und Befreiungsbewegungen in der „Dritten Welt“ das Erscheinungsbild nicht unerheblich geändert. „Die zunehmende Fragmentierung und Diversifizierung der kommunistischen Welt hat es in der Tat sehr schwer gemacht, genau zu bestimmen, was ein kommunistisches oder marxistisch-leninistisches System genannt werden kann.“¹⁾

Mit dieser Entwicklung korrespondiert eine Fragmentierung und Diversifizierung der theoretischen Konzepte der Kommunismusanalyse. Das vorherrschende Analysekonzept der vierziger und fünfziger Jahre, der Totalitarismusansatz, wurde abgelöst durch eine Vielzahl „modernerer“ Ansätze, die den Versuch unternehmen, die Weiterentwicklung in den Sozialwissenschaften für die Kommunismusanalyse zu nutzen.

Ausgangspunkt der Abkehr vom Totalitarismuskonzept waren nicht nur die zu Beginn der sechziger Jahre wachsende Kritik an seiner politischen Funktion, probates Mittel der Systemauseinandersetzung in der Zeit des Kalten Krieges zu sein, sondern vor allem seine analytischen Mängel. Diese zeigten sich u. a. in seiner Unfähigkeit, die dynamischen

Prozesse gesellschaftlicher und politischer Veränderungen in den sowjetsozialistischen Staaten zu begreifen, stellte es doch ein Analysekonzept dar, das sich im wesentlichen auf die Beschreibung statischer, als unveränderlich und systemnotwendig angesehener Elemente des politischen und ökonomischen Systems beschränkte (wie bei Carl Joachim Friedrich²⁾ oder im Zentralverwaltungswirtschaftsansatz) und „Bewegung“ nur als permanenten Prozeß der Verwirklichung der totalitären Ziele einer Partei begriff, die, wie es Hannah Arendt formulierte³⁾, sich anschickt, die vermeintlichen Gesetze der Natur oder der Gesellschaft mit dem Mittel des Terrors zu exekutieren.

1. Phasen der Kommunismusanalyse

Nach der von der Mehrzahl der Kommunismusforscher vollzogenen Aufgabe oder doch zumindest Relativierung des Totalitarismuskonzepts ist die Forschung in der Bundesrepublik und den angelsächsischen Ländern verschiedene Wege gegangen; das betrifft sowohl die Bestimmung des Forschungsgegenstandes als auch die angewandten Methoden.

Während der Schwerpunkt in der Bundesrepublik weiter auf dem Feld der „area studies“, d. h. auf Untersuchungen über einzelne gesellschaftliche Systeme, z. B. der Sowjetunion oder der DDR, lag und eine oft beklagte Isolierung von Spezialdisziplinen wie der „Osteuropa-Forschung“ oder der „DDR-Forschung“ von den jeweiligen „Mutterwissenschaften“ zu verzeichnen ist, liegt in den angelsächsischen Ländern das Schwergewicht auf dem Vergleich sozialistischer Systeme („comparative communism“), da nach verbreiteter Ansicht nur so der Weg zu einer allgemeinen Theorie sozialistischer Systeme offengehalten werde. Es ist kein Zufall, daß viele unter dem Etikett „Vergleichender Kommunismus“ firmierende Sammelwerke sich bei näherem Hinsehen als Zusammenstellungen von einzelnen Länderbeiträgen erweisen, verfaßt von Autoren, die über besonders inten-

¹⁾ St. White, What is a Communist System? in: Studies in Comparative Communism, 16 (1983) 4, S. 247 ff.

²⁾ Vgl. C. J. Friedrich, Totalitäre Diktatur, Stuttgart 1957.

³⁾ Vgl. H. Arendt, Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft, Frankfurt/Main 1955.

sive Kenntnisse einer einzelnen Region verfügen⁴⁾. Einen weiteren Unterschied in der Entwicklung gilt es festzuhalten: Die Theoriebildung, insbesondere der die nordamerikanische Sozialwissenschaft prägende Hang zur Modellbildung, ist in der Forschung über die sozialistischen Systeme im wesentlichen nachvollzogen, zum Teil von ihr mitbestimmt worden, während sie in der Kommunismusforschung der Bundesrepublik nicht diese große Rolle spielt. In diesem Zusammenhang lassen sich vier verschiedene, sich überlappende Phasen der Modellbildung ausmachen.

1. Seit den späten dreißiger Jahren herrschte der Totalitarismusansatz vor, der von Anfang an ein ideologisches und analytisches Konzept zugleich gewesen ist.

2. Mitte der fünfziger Jahre, vor allem beeinflusst durch die Arbeiten von Barrington Moore, hat die Vorstellung an Bedeutung gewonnen, daß traditionelle und technokratische Impulse, die aus der Gesellschaft kommen bzw. ihre Ursache in der Entwicklung der Produktivkräfte haben, mit der revolutionären Ideologie kommunistischer Parteien in Konflikt geraten und zu einer relativ offenen Entwicklung dieser Gesellschaftssysteme führen können.

3. Die Entdeckung nationaler „Kommunismen“ und später der Versuch, kommunistische Systeme miteinander zu vergleichen, hat mit der Vorstellung gebrochen, diese Systeme seien uniform, die Analyse der Sowjetunion könne die der einzelnen sozialistischen Staaten ersetzen. Beide Sichtweisen zielen auf die Unterschiede und Spezifika der Entwicklung einzelner Systeme.

Mit dieser „komparativen Perspektive“ ging der Versuch einher, die sozialistischen Systeme im allgemeinen Kontext der „comparative politics“ zu behandeln. Die Formel von Robert Tucker, es handle sich bei den sozialistischen Systemen um „movement regimes“, und der Begriff „mobilization regimes“ von David Apter haben die Sozialismusanalysen wesentlich beeinflusst und geprägt.

4. Seit Mitte der sechziger Jahre setzte sich dieser Trend durch. Sozialwissenschaftliche Ansätze und Theorien wurden in der Kommu-

nismusforschung aufgegriffen und spezifiziert:

— der Interessengruppenansatz von Gordon Skilling,

— der partizipationstheoretische Ansatz von Jan Triska oder von Theodore H. Friedgut,

— organisations- und bürokratiethoretische Ansätze u. a. von Alfred G. Meyer,

— Theorien des sozialen Wandels, der Modernisierung und politischen Entwicklung u. a. von Samuel P. Huntington, John H. Kautsky, Chalmers Johnson,

— der Industriegesellschaftsansatz und konvergenztheoretische Überlegungen u. a. von David Lane, Daniel Bell, Herbert Marcuse, Zbigniew Brzezinski und Samuel P. Huntington.

Dieser grobe Überblick darf jedoch nicht dazu verführen, die „traditionellen“ Ansätze für obsolet zu halten. Eine Reihe von Autoren hält am Totalitarismuskonzept fest (z. B. Leonard Schapiro). Es ist auch der Versuch unternommen worden, mehrere Ansätze miteinander zu verbinden. Der folgende Überblick über die Analysekonzepte der siebziger Jahre stellt insofern nur eine stark vereinfachte Sichtweise vor, als er den vielfältigen Querverbindungen einzelner Ansätze und Konzepte nicht nachgehen kann⁵⁾.

2. Der Sozialismus als Modernisierungssystem

Nach Stalins Tod waren die Sowjetunion und die sowjetsozialistischen Staaten in Ost- und Mitteleuropa unverkennbaren Wandlungsprozessen unterworfen. Die längerfristige Bewältigung der Folgen der großen Systemkrisen von 1953 und 1956/57 und die wissenschaftlich-technischen Erfolge (vor allem in der Atomtechnologie und der Weltraumfahrt) zeigten, daß die sozialistischen Systeme durchaus in der Lage waren, nicht-terroristische politisch-soziale Konfliktbewältigungsstrategien zu entwickeln und wissenschaftlich-technische und industrielle Innovationen vorzunehmen. Die politische und wirtschaftliche Konsolidierung dieser Systeme, die die Phase rasanter politisch-sozialer Umwälzungen hinter sich gebracht hatten und in denen sich der Prozeß der Revolution von oben „veralltäglicht“ hatte, warf die Frage nach den sie prägenden allgemeinen gesellschaftlichen Gesetzmäßigkeiten auf. Die empirische Analyse der neuen Sozialstruktur und der durch

⁴⁾ Vgl. D. F. Triska/P. M. Cocks (Ed.), *Political Development in Eastern Europe*, New York-London 1977; F. J. Floron Jr. (Ed.), *Communist Studies and the Social Sciences: Essays on Methodology and Empirical Theory*, Chicago 1969; eine der wenigen Ausnahmen ist K. von Beyme, *Ökonomie und Politik im Sozialismus. Ein Vergleich der Entwicklung in den sozialistischen Ländern*, München-Zürich 1975.

⁵⁾ Vgl. dazu ausführlich G.-J. Glaebner, *Sozialistische Systeme. Einführung in die Kommunismus- und DDR-Forschung*, Opladen 1982.

sie ermöglichten hohen horizontalen und vertikalen Mobilität, der veränderten Stellung der Partei und der Massenorganisationen, der neu entstehenden Konflikte zwischen verschiedenen sozialen Rollen, Normen und Leitbildern und schließlich der Wandlungen der ideologischen Dogmen führte zu neuen Bewertungen.

Nicht mehr nur Machterhaltung wird als Motens der Politik der Partei begriffen, sondern der Zwang und der Wille, die bestehenden politischen, ökonomischen und sozialen Strukturen an die Anforderungen einer modernen industriellen Gesellschaft anzupassen.

Die kommunistischen Parteien sind, so lautet die Grundthese, fähig, sozialen und gesellschaftlichen Wandel und eine Modernisierung des Systems in die Wege zu leiten. Sozialer Wandel und Modernisierung in der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Ländern heißt für die Mehrzahl der Autoren aber auch, daß diese Gesellschaften sich der Notwendigkeit beugen, bestimmte Modifikationen ihrer tradierten, ideologisch normierten Vorstellungen von der Struktur, Funktionsweise und den Zielen der sozialistischen/kommunistischen Gesellschaft vorzunehmen. Die tradierten Ziele der kommunistischen Revolution und die notwendigen Wandlungsprozesse hochindustrialisierter Systeme sind, so lautet die Botschaft, unveränderbar.

In einem 1970 unter dem programmatischen Titel „Change in Communist Systems“ veröffentlichten Sammelband werden die verschiedenen Aspekte des politischen und sozialen Geschehens unter dem Gesichtspunkt „Modernisierung mit Hilfe eines Mobilisierungssystems“ analysiert. Vier Dimensionen des sozialen Wandels seien es, die einer Erklärung bedürften:

1. Veränderungen in der Struktur des politischen Systems von einem Einparteiensystem mit einem autonomen Diktator an der Spitze zu einer kollektiven Führung und einer parteibeherrschten nationalen Front;
2. Veränderungen im Vertrauen auf die Wirksamkeit des Terrors als soziales Disziplinierungsinstrument, in der Regel von einer hohen zu einer mittleren und schließlich geringen Bedeutung des Terrors;
3. der Wandel in der Struktur des ökonomischen Systems von einer zentralisierten Befehlswirtschaft zu einem halb-zentralisierten Managementsystem und schließlich zu einem Markt-Sozialismus;
4. im Falle der von außen aufgezwungenen kommunistischen Regime: die Entwicklung

vom Status des Satelliten zu einem Partnerstaat und schließlich hin zu einem unabhängigen kommunistischen Nationalstaat⁶⁾.

Im Gegensatz zum Totalitarismuskonzept, das eine Antwort auf die meisten dieser Probleme schuldig blieb, begreifen die Autoren dieses Bandes die sozialistischen Systeme als „mobilization regimes“, eine spezifische Form der Entwicklungsdiktatur, in der der Staat als Entwicklungs- und Modernisierungsagentur die in anderen Systemen spontan und ungeplant ablaufenden Veränderungen initiiert und lenkt. Der Staat hat die möglichst schnelle Entwicklung zu gewährleisten und zugleich, da diese ohne ihre Überwindung nicht denkbar ist, die tradierten politischen und ökonomischen Institutionen, kulturellen Normen und gesellschaftlichen Verhaltensweisen zu beseitigen.

Diese Anpassungsprozesse stellen sich in den verschiedenen Ländern, die eine sozialistische Entwicklung eingeschlagen haben, sehr unterschiedlich dar, je nachdem, ob das soziopolitische Experiment des Sozialismus in Europa, Asien, Afrika oder Lateinamerika unternommen wird.

Da die sozialistische Revolution nur in ökonomisch zurückgebliebenen Ländern gesiegt hat und die wenigen hochentwickelten Länder, die nach 1945 in den Machtbereich der Sowjetunion gerieten, deren politisch-administrative und ökonomische Strukturen, die für eine nachzuholende industrielle Entwicklung gedacht waren, übernahmen, standen alle sozialistischen Länder nach einer Aufbau-, Rekonstruktions- und Übergangsphase vor der Notwendigkeit, diese Strukturen zu „modernisieren“. Modernisierung impliziert ökonomische, soziale und politische Entwicklungen. Die Verwendung von Begriffen wie sozialer und gesellschaftlicher Wandel, Modernisierung und politische Entwicklung u. a. bei amerikanischen Autoren lenkte den Blick auf die Wandlungsfähigkeit sozialistischer Systeme. Unterstellt wurde ein allgemeiner, in allen Gesellschaftssystemen, in allen Phasen der historischen Entwicklung und in allen Weltregionen im wesentlichen ähnlich verlaufender Prozeß politisch-ökonomischer und gesellschaftlicher Entwicklung zur Modernität. Die Wissenschaftler, die dieses Konzept auf Osteuropa angewendet haben, waren nach Meinung von H. Gordon Skilling geradezu „besseren“ von diesem Konzept, das ursprünglich für „nichtmoderne“ Gesellschaften in Asien, Afrika und Lateinamerika entwickelt

⁶⁾ C. Johnson (Ed.), *Change in Communist Systems*, Stanford (Cal.) 1970, S. 3.

worden war und dann auch in der Kommunismusanalyse angewandt wurde⁷⁾.

Die Problematik der im Modernisierungs- und Entwicklungsansatz enthaltenen idealtypischen Sicht „moderner“ Gesellschaften, die, wie bei Gabriel A. Almod und Sydney Verba, den „Vätern“ dieses Ansatzes, als Maßstab für Modernität die westliche „civic culture“ setzt, ist vielfach kritisiert worden⁸⁾, desgleichen ihre dichotomische Sichtweise: entweder Wandel und Entwicklung oder Immobilismus und Beharrung. Da in diesen Gesellschaften aber beides gleichzeitig vorhanden ist, macht es diese „Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen“ (Ernst Bloch) schwer, wissenschaftlich zuverlässige Kriterien dafür zu finden, was signifikante Veränderungen und Wandlungstendenzen sind und welche Erscheinungen es rechtfertigen, von Immobilismus zu reden. Ein weiterer entscheidender Einwand ist u. a. von Skilling formuliert worden: Gefährlich für die nötige Klarheit und analytische Prägnanz des Modernisierungskonzepts sei die Vorstellung gewesen, Osteuropa sei ein einziges Ganzes. Dies habe in die Irre geführt, da die manifesten Unterschiede im Entwicklungsstand der einzelnen Länder ignoriert worden seien⁹⁾.

Schließlich ist die Tendenz unverkennbar, unter der Leitfragestellung *Modernisierung* die Spezifika eines politischen Systems zu vernachlässigen, das sich auf die Ideologie des Marxismus-Leninismus beruft. — John A. Kautsky beispielsweise begreift kommunistische und nationalistische Bewegungen und Regime unterschiedslos als „Modernisierungsbewegungen“¹⁰⁾.

3. Sozialistische Industriegesellschaft

Endpunkt aller modernisierungs- und entwicklungstheoretischen Konzepte ist die entwickelte Industriegesellschaft (für einige Autoren bereits die „postindustrielle Gesellschaft“). Die Mehrzahl der Autoren, die sich des Modernisierungskonzepts bedienen, sieht die sozialistischen Länder erst auf dem Weg zu diesem Ziel; für die Vertreter des Industriegesellschaftsansatzes sind sie bereits dort angekommen. Ihre Argumentation steht in der wissenschaftlichen Tradition des 19. Jahrhunderts (Herbert Spencer, Auguste Comte, Lorenz von Stein u. a.) und der Kapitalismus-

deutung Max Webers, der dem globalen Prozeß der „Rationalisierung“ eine alle gesellschaftlichen Systeme prägende Kraft zumaß.

Sie beruft sich aber gelegentlich auch auf konservative Autoren wie Hans Freyer oder Arnold Gehlen und deren kulturpessimistische Sicht, die von einer ganz anderen Warte aus auch von Herbert Marcuse geteilt wird, der von der Gefahr einer Industriegesellschaft im Gewande eines technokratischen Totalitarismus spricht.

Wesentlich geprägt war die Industriegesellschaftsdiskussion durch das evolutionistische Entwicklungsmodell von Walt Whitman Rostow, der in seinem „antimarxistischen Manifest“ fünf Phasen der Gesellschaftsentwicklung unterscheidet:

1. die traditionelle Gesellschaft
2. die Anlaufperiode
3. die Periode des wissenschaftlichen Aufstiegs (take-off-Periode)
4. die Entwicklung zur Reife
5. das Zeitalter des Massenkonsums¹¹⁾.

Die formalen Ähnlichkeiten einer solchen Einteilung der Menschheitsentwicklung mit der marxistischen Formationsvorstellung sind nicht zu übersehen, doch sind auch die Unterschiede deutlich. Der Industriegesellschaftsansatz umgreift beide, kapitalistische und sozialistische Industriegesellschaften. Er beurteilt Gesellschaften, marxistisch gesprochen, nach dem Stand der Produktivkräfte, nicht nach den Produktionsverhältnissen. Nicht die unterschiedlichen Eigentumsformen sind das entscheidende Bewertungskriterium, sondern der erreichte wissenschaftlich-technische und ökonomische Entwicklungsstand.

Einer solchen eindimensionalen Sichtweise haben die Verfasser des sogenannten „Richta-Reports“ eine reflektierte Analyse der wissenschaftlich-technischen Revolution und ihrer sozialen und politischen Auswirkungen entgegengesetzt, die trotz ihrer — zeitbedingten — außerordentlich positiven Beurteilung der mit diesem Prozeß einhergehenden Entwicklungschancen für die sozialistischen Systeme aktuell bleibt. Diese Aktualität ist vor allem der Tatsache geschuldet, daß hier eine Analyse der wissenschaftlichen, technischen und ökonomischen Bedingungen mit der Frage nach einer Demokratisierung der sozialistischen Systeme (nicht ihrer Rückkehr zum Kapitalismus) verbunden worden ist. Die wich-

⁷⁾ H. G. Skilling, *Development or Retrogression?*, in: *Studies in Comparative Communism*, 15 (1982) 1/2, S. 125 ff.

⁸⁾ Zur neueren Diskussion vgl. die bei H. G. Skilling (Anm. 7) angegebene Literatur.

⁹⁾ Ebd., S. 126.

¹⁰⁾ J. H. Kautsky, *Communism and the Comparative Study of Development*, in: F. J. Fleron Jr. (Ed.), (Anm. 4), S. 199 f.

¹¹⁾ W. W. Rostow, *Stadien wirtschaftlichen Wachstums. Eine Alternative zur marxistischen Entwicklungstheorie*, Göttingen 1967³.

tigsten Überlegungen dieses Kollektivs fanden 1968 Eingang in eine Konzeption für ein neues Parteiprogramm der KPČ¹²⁾.

Die Industriegesellschaftskonzeption geht demgegenüber davon aus, daß die Technologie und ihre Organisation als das dominierende Element gegenüber der Eigentumsstruktur anzusehen sei, so daß letztere weitgehend negiert werden könne, um so mehr, als die traditionellen Formen privatkapitalistischer Verfügung über das Eigentum obsolet seien. Daß eine ausschließlich mit technisch-technologischen und ökonomischen Kategorien argumentierende Industriegesellschaftstheorie zu kurz greift, ist vielfach bemängelt worden. Daniel Bell schlägt einen auf den ersten Blick bestehenden Ausweg aus der Sackgasse eindimensionaler und monokausaler Erklärungsmodelle vor: „dieselben Produktivkräfte — menschliche Arbeitskraft und Technologie — existieren innerhalb höchst unterschiedlicher Formen gesellschaftlicher Beziehungen ... ‚koppeln‘ wir Marx' Idee ‚auseinander‘, so zeigt sich, daß es logisch gesehen zwei verschiedene Schemata sozialer Entwicklung gibt: das Schema der vorindustriellen, industriellen und nachindustriellen Gesellschaft längs der einen Achse, und das Schema des Feudalismus, Kapitalismus und der staatskollektivistischen Gesellschaft entlang einer anderen ... Längs der Achse der Technologie sind die Vereinigten Staaten wie die Sowjetunion auf einem gemeinsamen Fundus von technologischem Wissen aufbauende *Industriegesellschaften*; längs der Achse der Besitzverhältnisse hingegen unterscheiden sich beide ... Im einen Fall handelt es sich um eine weitgehend privatkapitalistische Ordnung, im andern um eine staatlich (oder bürokratisch) kollektivistische.“¹³⁾

Zwischen der Eigentumsverfassung und dem wissenschaftlich-technischen und industriellen Entwicklungsstand einer Gesellschaft ist damit eine — sehr schematische — Beziehung hergestellt, die Bell zu folgenden Zuordnungen führt:

USA	— industriell-kapitalistisch
UdSSR	— industriell-staatskollektivistisch
China	— vorindustriell-staatskollektivistisch
Indonesien	— vorindustriell-kapitalistisch.

Gemeinsam sei allen Industriegesellschaften die Technologie, die Art des erforderlichen Fachwissens zu ihrer Handhabung, die Grundzüge der Arbeitsorganisation und das an Wirtschaftlichkeit ausgerichtete Prinzip funktioneller Effizienz¹⁴⁾.

Die wichtigsten Differenzen zwischen den verschiedenen Vertretern dieses Ansatzes bestehen in der Frage, ob die technisch-technologischen Bedingungen Sachzwangcharakter annehmen. Bell meint, daß alle Industriegesellschaften unter gewissen allgemeinen Zwängen stehen, die überall ähnliche Aktionen auslösen und die Anwendung bestimmter Techniken erzwingen. Von technologischen Sachzwängen zu sprechen, hält er aber für allzu rigoros und deterministisch. Andere Theoretiker vertreten demgegenüber die Auffassung, daß sich politisch und gesellschaftlich folgenreiche Entscheidungen tendenziell im Vollzug des immanenten Sachzwangs verfügbarer Techniken auflösen; dies bedeutet eine Ausweitung der „Rationalisierung“ auf den Prozeß politischer Entscheidung, hinter der die bestimmenden gesellschaftlichen Interessen vermeintlich zurückstehen¹⁵⁾.

Daß die traditionellen politischen Strukturen, die aus der Zeit des nachrevolutionären Aufbaus einer neuen Gesellschaft und der stalinistischen Autokratie überkommen sind, solchen Entwicklungen nicht gewachsen seien, ist übereinstimmende Auffassung der Theoretiker der Industriegesellschaft. Sie vertraten Ende der sechziger, Anfang der siebziger Jahre eine eher zuversichtliche Einschätzung der denkbaren Entwicklung der sozialistischen Systeme¹⁶⁾ und sahen Veränderungstendenzen nicht nur im wissenschaftlich-technischen und ökonomischen Bereich, sondern auch in Politik und Verwaltung. Diese Systeme seien, so lautete die Vermutung, gezwungen, sich den Bedingungen der modernen industriellen Gesellschaft zu stellen, wollten sie als System überleben. Begriffe wie „Anpassung“ und „Einpassung“ in diese Anforderungen bestimmten die Diskussion. Ihre Verwendung kennzeichnet eine vereinfachte Sicht des Verhältnisses von sozialen Wandlungstendenzen in hochindustrialisierten Gesellschaften sowjetsozialistischen Typs, gegen die sich nicht nur marxistische Autoren, sondern auch Vertreter des Modernisierungskonzepts wie Dankwart Rustow wenden. Die

¹²⁾ Vgl. Zivilisation am Scheideweg (Richta Report). Soziale und menschliche Zusammenhänge der wissenschaftlich-technischen Revolution, Freiburg 1971.

¹³⁾ D. Bell, Die nachindustrielle Gesellschaft, Reinbek bei Hamburg 1979, S. 11f.

¹⁴⁾ Ebd., S. 79.

¹⁵⁾ Vgl. H. Schelsky, Der Mensch in der wissenschaftlichen Zivilisation, Köln-Opladen 1961.

¹⁶⁾ Vgl. D. Lane, The Socialist Industrial State. Towards a Political Sociology of State Socialism, London 1976, S. 56ff.

These, daß der Verlauf und die Formen der „ökonomischen Evolution“ unilinear seien und daß die „politische Evolution“ eine unmittelbare Folge der zugrundeliegenden ökonomischen und sozialen Wandlungstendenzen sei, wird von ihm als unzulässige Simplifizierung abgelehnt¹⁷⁾.

Diese Kritik trifft einen analytischen Ansatz, wie er in der Bundesrepublik vor allem von Peter Christian Ludz vertreten worden ist. Es sei die Industriegesellschaft, so argumentiert er, die die Strukturen und die Handlungsmuster der politischen und ökonomischen Eliten bestimme und die sozialistischen Systeme zwingt, entscheidende Modifikationen ihres ideologischen Selbstverständnisses und praktischen Handelns vorzunehmen¹⁸⁾. Die Wandlung des politischen Systems von einer — von außen oktroyierten — „totalitären“ zur „autoritären“ Herrschaft ist nach Auffassung von Ludz als typisches Zeichen eines Anpassungsprozesses an die Bedingungen der industriellen Gesellschaft anzusehen. Im Mittelpunkt einer empirischen Analyse dieses Prozesses stehen die Leistungen und Fehlleistungen des politisch-administrativen Systems, die sozialen Veränderungen und die Wandlungen der Ideologie. Funktionsschwächen und Fehleentwicklungen werden dem politischen System und dessen mangelnder Anpassungsfähigkeit angelastet, und damit wird — oft gegen den Willen der Autoren — die weitverbreitete Meinung unterstützt, die sozialistischen Staaten seien zu rationaler Planung nicht fähig; möglichst reibungslos funktionieren der Apparaturen, Leistungsorientierung, Arbeitsdisziplin, Wirtschaftswachstum usw. gelten als positive Werte an sich, als „allgemeine Anforderung der modernen Industriegesellschaft“, die endlich auch von den sozialistischen Systemen akzeptiert werden. Es dominiert der Funktionsaspekt. Die gesellschaftlichen Systeme des „Westens“ und der sozialistischen Staaten funktionieren, wobei ihnen die Funktionsmuster — wenn nicht gar die zu treffenden Entscheidungen — von den Sachzwängen der modernen Industrie und der Entwicklung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts weitgehend vorgegeben werden.

4. Konvergenz der Systeme?

Den modernen Industriegesellschaften werden so viele gemeinsame Eigenschaften zuge-

¹⁷⁾ Vgl. D. Rustow, *Communism and Change*, in: C. Johnson (Ed.), (Anm. 6), S. 353.

¹⁸⁾ Vgl. P. Chr. Ludz, *Parteilite im Wandel. Funktionsaufbau, Sozialstruktur und Ideologie der SED-Führung. Eine empirisch-systematische Untersuchung*, Köln-Opladen 1970³, S. 4f.

schrieben, daß die Frage naheliegt, ob die nicht zu übersehenden Systemunterschiede nicht an Bedeutung verlieren und sich ein einheitlicher Typus der Industriegesellschaft herausbildet. In der Nachfolge von Pitirim A. Sorokin, der 1944 eine Vielzahl soziologischer Gemeinsamkeiten zwischen den USA und der UdSSR auszumachen glaubte, wurden von verschiedenen Autoren konvergierende Tendenzen analysiert. Raymond Aron sah sie in der Art der Verfügungsberechtigung über die Produktionsmittel, der Funktion der Staatsgewalt, der Rolle der Intelligenz und einem egalitären Trend im sozialen Sektor¹⁹⁾.

Neben dieser in der sozial- und kulturphilosophischen Tradition industriegesellschaftlicher Überlegungen stehenden soziologischen Sicht dominiert eine wirtschaftstheoretische, die sich vor allem auf das einflußreiche, höchst spekulative Modell der Stadien des Wachstums von Rostow stützt, das eine geschlossene Darstellung konvergenztheoretischer Annahmen enthält.

Den optimistischen Vorstellungen von einer Konvergenz der Systeme im Zeichen des Massenkonsums und eines steten Wachstums, wie sie auch von Jan Tinbergen, John Kenneth Galbraith u. a. vertreten worden sind, steht die pessimistische Konvergenzvorstellung Herbert Marcuses gegenüber, der gemeinsame Tendenzen zur Zentralisation und Reglementierung, der wachsenden Herrschaft ökonomischer und politischer Bürokratien und der Gleichschaltung des Volkes mit Hilfe der Massenmedien, der Unterhaltungsindustrie und der Erziehung konstatiert²⁰⁾.

Die einflußreiche Studie von Samuel P. Huntington und Zbigniew Brzezinski „Politische Macht USA/UdSSR“²¹⁾ kritisiert die Überschätzung der Rolle der ökonomischen Faktoren. Weder könne von einem direkten Zusammenhang von ökonomischer Entwicklung und Erscheinungen der Liberalisierung, Demokratisierung, größerem Pluralismus usw. ausgegangen werden, noch lasse sich die These halten, kommunistische Systeme könnten Industrialisierung und Wohlstand nicht überleben, im Gegenteil, Modernisierung und Festigung des bestehenden politischen Sy-

¹⁹⁾ R. Aron, *Die industrielle Gesellschaft*, Frankfurt/Main 1964, S. 69ff., 256ff.

²⁰⁾ Vgl. J. K. Galbraith, *Die moderne Industriegesellschaft*, München-Zürich 1968; J. Tinbergen, *Convergence of Economic Systems in East and West*, Rotterdam 1965; H. Marcuse, *Die Gesellschaftslehre des sowjetischen Marxismus*, Darmstadt-Neuwied 1964.

²¹⁾ Vgl. Z. Brzezinski/S. P. Huntington, *Politische Macht USA/UdSSR. Ein Vergleich*, Köln-Berlin 1966.

stems seien nicht nur vorstellbar, sondern wahrscheinlich und in vielen Bereichen nachweisbar.

Sie setzen also der Konvergenz eine Divergenz entgegen: Die wissenschaftlich-technischen und ökonomischen Entwicklungsprozesse industrialisierter Systeme seien unter durchaus verschiedenen, ja gegensätzlichen politischen und Eigentumsverhältnissen vorstellbar. Der von ihnen benutzte Begriff der „Evolution“ hat so einen doppelten Aspekt; er benennt Wandlungstendenzen im Inneren und zugleich die Verstärkung der Wesensmerkmale des Systems nach innen und außen. Unterschiedliche Interessen und Konflikte seien, so argumentieren Brzezinski und Huntington, durchaus erkennbar; aber die Tradition der kommunistischen Parteien komme einer solchen Einheit der Bürokratie ebenso zugute wie die allgemeine Tendenz, daß sich die moderne Bürokratie normalerweise in Richtung der Zentralisierung bewege. Die politischen Systeme der USA und der UdSSR sind nach ihrer Auffassung jedes auf seine Weise höchst erfolgreich gewesen, und es gebe daher keine Anzeichen und keine Notwendigkeit für eine Konvergenz.

Eine Wertung der Konvergenztheorie muß sich — bei allen Unterschieden in den wissenschaftlichen und politischen Positionen — mit der Tatsache auseinandersetzen, daß sich die zentralen Aussagen als nicht zutreffend erwiesen haben. Sie muß aber auch die Rolle reflektieren, die solche theoretischen Überlegungen für die Debatte über die sozialistischen Systeme und die praktische Politikberatung gespielt haben. Hier sind ihr gewisse Verdienste nicht abzuspochen, hat sie doch die herrschenden Totalitarismusvorstellungen nachhaltig in Frage gestellt. Indem sie sich jedoch vor allem dem Aspekt des Funktionierens sozialistischer und kapitalistischer Systeme zuwandte, hatte sie einen technokratischen Zug, der nicht nur die Wertorientierung des anderen, sondern oft auch die des eigenen Gesellschaftssystems vernachlässigt.

5. Rekonzeptualisierung marxistischer Ansätze

Das Jahr 1968 markiert den Beginn einer Renaissance marxistischer Ansätze in den Sozialwissenschaften. Die Aufkündigung des gesellschaftlichen Konsenses durch Teile der jungen Generation in westlichen Demokratien und die militärische Verhinderung einer Reform eines sowjetsozialistischen Systems aus sich selbst heraus in der ČSSR haben einer kritischen, von marxistischen Positio-

nen ausgehenden Sozialismusanalyse neue Anstöße gegeben.

Dabei wurden in einer ersten Phase vor allem die Diskussionen rezipiert, die vor und nach der Oktoberrevolution die sowjetische Entwicklung begleitet hatten. Rosa Luxemburgs Kritik an Lenins Parteitheorie und der russischen Revolution, linkskommunistische, trotzkistische, anarchosyndikalistische und sozialdemokratische Einschätzungen der russischen Entwicklung aus den zwanziger und dreißiger Jahren wurden erneut diskutiert und — ein Ergebnis der zunehmenden Zersplitterung und Fraktionierung der „Neuen Linken“ — z. T. kritiklos übernommen und für die eigene Gruppierung oder „Partei“ reklamiert. Einen nicht minder großen Einfluß hatten die Schriften der „Frankfurter Schule“ bzw. die ihrer ehemaligen Mitglieder, vor allem von Herbert Marcuse.

Für die unorganisierte Linke in der Bundesrepublik und West-Berlin spielte seit Beginn der siebziger Jahre auch die aus der Konfrontation mit der KP Italiens entstandene Position der Gruppe „Il Manifesto“ eine wichtige Rolle, ebenso wie die aus der Debatte um den „Eurokommunismus“ erwachsene Differenzierung innerhalb der traditionellen parteikommunistischen Positionen.

Von nicht minder großem Einfluß waren Denkanstöße, die aus den sozialistischen Staaten selbst kamen: Die Diskussionen der „Budapester Schule“ um den ehemaligen Ministerpräsidenten András Hegedüs, die von Oskar Lange begründete „polnische Schule“, die eine führende Rolle bei der Ausarbeitung der Wirtschaftsreformen in Osteuropa hatte und deren Einflüsse auf die spätere Entwicklung der Reformüberlegungen in der ČSSR nicht zu übersehen sind, die „Praxis Gruppe“ in Jugoslawien, die die offizielle Theorie der „Selbstverwaltung“ konsequent weiterentwickelte und sich, unter politischen Druck geraten, auflösen mußte, und zuletzt das Buch von Rudolf Bahro.

Die zentrale Frage der unterschiedlichen Gruppen und Positionen war die nach dem „Wesen“ der Sowjetunion und der mit ihr verbündeten Staaten: Handelt es sich bei ihnen um sozialistische Systeme, oder treffen die von Marx, Engels, Lenin (für manche auch Stalin) entwickelten Kriterien für sozialistische Gesellschaften auf sie nicht zu? Hinter dieser Fragestellung trat diejenige nach den konkreten Erscheinungsformen dieser Systeme zurück. In mechanistischer Manier wurden sie nur zu oft als für das Wesen dieser Gesellschaften nebensächlich oder gar irrelevant erklärt.

Nicht minder problematisch stellt sich die Aufarbeitung der historischen Entwicklungslinien der Sowjetunion und der einzelnen sozialistischen Länder dar; ein unhistorisches Modelldenken und die weitverbreitete Unkenntnis der Entwicklung in den zwanziger und dreißiger Jahren führten auch hier zu Pauschalisierungen, die einer genaueren historisch-empirischen Analyse kaum standhalten. Der sich selbst als „real“ bezeichnende Sozialismus wurde, je nach politischem Standort des Autors, als Spätform und Verlängerung einer asiatischen oder halbasiatischen Produktionsweise begriffen, sein Anspruch, Sozialismus zu sein, wurde in Frage gestellt und behauptet, der Kapitalismus sei im Begriff, sich in diesen Ländern zu restaurieren; und in der Nachfolge Trotzki's erschien der Sozialismus als bürokratisch entartet und als „bürokratischer Staatskapitalismus“²²⁾.

Eine große Bedeutung innerhalb der Linken erlangte die Diskussion über die Frage, ob der „reale Sozialismus“ eine Übergangsgesellschaft sei²³⁾. Die Auffassung, bei den gegenwärtigen sowjetsozialistischen Systemen handle es sich um Gesellschaften des Übergangs, hat eine doppelt kritische Funktion: Übergang verweist zum einen auf eine gesellschaftliche Wirklichkeit, die als noch nicht sozialistisch begriffen wird, und er beharrt zum zweiten auf dem Versprechen einer humanen Entwicklung dieser Gesellschaften, die erst in und durch den Sozialismus verwirklicht werden kann. Von Übergangsgesellschaft zu sprechen bedeutet aber zugleich, daß die Möglichkeit außer Betracht bleibt, daß es sich um relativ konsolidierte Systeme handelt, die sich auf ihren eigenen sozialöko-

nomischen Grundlagen entwickeln und deren „Übergang“ zu einer qualitativ neuen, sozialistischen Entwicklung nicht zu erwarten ist.

Im Unterschied zu Marx, auf den sich die Vertreter dieses Ansatzes beziehen, bezeichnet der Begriff Übergang nicht die „Diktatur des Proletariats“, sondern ein Konglomerat verschiedener Erscheinungen, vor allem aber gerade nicht die Herrschaft des Proletariats, sondern die einer Minderheit (der Bürokratie der Staatsbourgeoisie, der Technokratie usw.).

Wichtige Impulse auch für die „nichtmarxistische“ Kommunismusforschung gingen von den Überlegungen jugoslawischer Theoretiker, die die sozialistischen Länder als etatistische Systeme analysieren, und von bürokratiethoretischen und bürokratiekritischen Ansätzen v. a. ungarischer Wissenschaftler aus. Sie wenden sich erstens dagegen, die als überholt angesehene Einteilung in Kapitalismus versus Sozialismus/Kommunismus auf die Sowjetunion und die anderen „sozialistischen“ Staaten anzuwenden, und kritisieren zweitens den Versuch, die sozialistische Entwicklungsphase mit Begriffen wie „Staatssozialismus“ und „Sozialismus der Selbstverwaltung“ in zwei Typen zu unterteilen. Vielmehr habe in allen „realen“ Sozialismen der Staatsapparat sich in eine neue herrschende Klasse verwandelt und es sei ein neuer Typus eines sozio-politischen Klassensystems entstanden, der mit den alten Kategorien nicht mehr zu erfassen sei. Die neue, sozialistische Intelligenz, so lautet die zentrale Aussage bei György Konrad/Iván Szelényi, befinde sich auf dem Weg zur Klassenmacht²⁴⁾.

II. Neue Sichtweisen und Fragestellungen

Bei allen Erkenntnisfortschritten, die die Verwendung von Makrokonzepten wie Modernisierung, Industriegesellschaft und Konvergenz eingebracht hat, waren damit zugleich erhebliche Risiken verbunden und auch ihre analytische Kraft ist begrenzt.

²²⁾ Als Beispiel für diese Positionen vgl. K. A. Wittfogel, *Die orientalische Despotie. Eine vergleichende Untersuchung totaler Macht*, Köln-Berlin 1962; C. Bettelheim, *Ökonomischer Kalkül und Eigentumsformen. Zur Theorie der Übergangsgesellschaft*, Berlin 1970; T. Cliff, *Staatskapitalismus in Rußland. Eine marxistische Analyse*, Frankfurt/Main 1975.

²³⁾ Vgl. P. Henricke (Hrsg.), *Probleme des Sozialismus und der Übergangsgesellschaften*, Frankfurt/Main 1973; P. W. Schulze (Hrsg.), *Übergangsgesellschaft. Herrschaftsform und Praxis am Beispiel der Sowjetunion*, Frankfurt/Main 1974.

1. Makrokonzepte neigen zu unzulässigen Schlußfolgerungen von Einzelerscheinungen auf die Qualität des Ganzen.

2. Die dem Modernisierungskonzept zugrunde liegenden Vorstellungen von der Welt beeinflussen das analytische Instrumentarium. Die Sprache der Wissenschaft und die kulturellen Einstellungen, die sie verbalisieren, haben nicht nur einen erkenntnisfördernden, sondern auch einen verhüllenden Charakter. Die Vernachlässigung der Eigenarten und spezifischen Traditionen anderer als der

²⁴⁾ Vgl. A. Hegedüs, *Sozialismus und Bürokratie*, Reinbek bei Hamburg 1981; S. Stojanović, *Kritik und Zukunft des Sozialismus*, Frankfurt/Main 1972; G. Konrad/I. Szelényi, *Die Intelligenz auf dem Weg zur Klassenmacht*, Frankfurt/Main 1978.

entwickelten kapitalistischen Systeme durch die Mehrzahl der modernisierungs- und industriegesellschaftlichen Ansätze zeigt dies deutlich.

3. Die vorgestellten Konzepte lassen oft nicht deutlich werden, auf welcher Abstraktionsebene sie sich bewegen — dies gilt auch für totalitarismustheoretische und marxistische Ansätze. Die Vermischung deskriptiv-klassifikatorischer und erklärender Modellannahmen, von qualitativen und quantitativen Daten oder statistischen Methoden tragen ein übriges zur Verunsicherung bei.

Angesichts dieser Sachlage erscheint es sinnvoller, Theorien mittlerer Reichweite für die Analyse sozialistischer Systeme heranzuziehen. Es hieße jedoch das Kind mit dem Bade auszuschütten, wenn man sich der modernisierungstheoretischen und industriegesellschaftlichen Ansätze nicht als heuristische Konzepte versicherte, auch wenn sie als globale Analysemodelle nur bedingt taugen. Einige solcher Ansätze sollen in aller Kürze vorgestellt werden.

1. Bürokratischer Sozialismus

Das Totalitarismuskonzept hatte das politische System sowjetsozialistischer Staaten als „Einheitsverwaltung“ beschrieben, deren universalistisches Ziel, alle gesellschaftlichen Beziehungen zu durchdringen, einen übersteigerten Herrschaftsanspruch konstituiert. In seiner richtungweisenden Analyse des sowjetischen politischen Systems hat Alfred G. Meyer die Bürokratietheorie Max Webers für die Kommunismusanalyse fruchtbar gemacht. Die sowjetische Bürokratie läßt seiner Meinung nach viele Ähnlichkeiten mit den allgemeinen Bestimmungsfaktoren „moderner“ Bürokratien in anderen Systemen erkennen. Er sieht in ihr die umfassende und komplexe Organisation, die für die rationale, zielbewußte und geplante Gestaltung und Kontrolle der sozialen Beziehungen verantwortlich ist. Bürokratie sei eine Begleiterscheinung und zwingende Voraussetzung administrativen Handelns in einer „Welt der modernen Technologie und Komplexität“. Meyer nennt fünf zentrale Aspekte der Bürokratie:

1. Eine hierarchische Kompetenz- und Befehlsstruktur;
2. strukturelle Differenzierung der Verwaltungsorganisation;
3. Regeln und Vorschriften als charakteristische Elemente bürokratischer Rationalität;
4. strukturierte und formalisierte Informationsbeziehungen;

5. Nutzung von Sachverstand und rationalen Qualifikationen²⁵⁾.

Bürokratische Rationalität und Totalitarismus schließen sich nach Auffassung Meyers gegenseitig aus. Er sieht die Bürokratieproblematik in engem Zusammenhang mit den historischen Bedingungen, der politischen Kultur, ökonomischen und sozialen Gegebenheiten sowie den Handlungsmustern und -möglichkeiten der politischen Führung. Bürokratieanalyse ist hier umfassende Interpretation des sowjetischen Systems.

Eine entscheidende Rolle spielt in allen bürokratiethoretischen Überlegungen die Frage, ob und inwieweit die historischen Entstehungsbedingungen in den sozialistischen Ländern einen spezifischen Bürokratietyppus hervorgebracht haben. Diese Bürokratien werden als vorübergehende Apparaturen beschrieben, deren Aufgaben immer mehr vergesellschaftet werden müssen, die aber gegenwärtig noch unverzichtbar seien, sie werden als der Ort beschrieben, an dem Macht und Wissen dauerhaft zusammenfallen und an dem die Intelligenz sich zur neuen herrschenden Klasse organisiert, oder sie werden dargestellt als ein historisch neuer Typ patrimonialer Herrschaft (Max Weber)²⁶⁾.

Ihr politischer Charakter und ihre soziale Verankerung in einem parteizentralistischen System führen dazu, daß sie sich in einem ständigen Zwiespalt zwischen den Anforderungen bürokratischer Rationalität einerseits und dem umfassenden Gestaltungswillen und -anspruch der Partei und deren patrimonialen Aspirationen andererseits befinden. Dieser Zusammenhang steht im Mittelpunkt einer empirischen Analyse der Bürokratie sowjetischen Typs.

2. Interessengruppen und Klientelismus

In einem 1966 von H. Gordon Skilling und Franklyn Griffiths herausgegebenen Buch²⁷⁾ werden Interessengruppen in der sowjetischen Politik beschrieben — die Parteiapparatschiki, die Wirtschaftsmanager, die Militärs, der Sicherheitsapparat usw. Anders als

²⁵⁾ A. G. Meyer, *The Soviet Political System. An Interpretation*, New York 1965, S. 205 ff.

²⁶⁾ Vgl. A. Hegedüs (Anm. 24), S. 76 ff.; G. Konrád/J. Szelényi (Anm. 24), S. 22 ff.; G.-J. Glaebner, *Ende der Reformen? Bedingungen und Grenzen der Wandlungsfähigkeit sowjet-sozialistischer Systeme am Beispiel der DDR*, in: *Deutschland Archiv*, 15 (1982) 7, S. 706; vgl. ferner T. W. Luke/C. Boggs, *Soviet Subimperialism and the Crisis of Bureaucratic Centralism*, in: *Studies in Comparative Communism*, 15 (1982) 1/2, S. 95 ff.

²⁷⁾ H. G. Skilling/F. Griffiths (Ed.), *Pressure Groups in der Sowjetunion*, Wien 1974.

frühere Analysen von Konflikten innerhalb der politischen Führungsgruppen beschränkt sich der Interessengruppenansatz nicht darauf, diese Konflikte als bloße persönliche Machtkämpfe zu begreifen. Vielmehr werden sie als Ausdruck unterschiedlicher — wenn gleich bürokratisch verformter — gesellschaftlicher Interessenlagen analysiert, als deren Exponenten die verschiedenen Protagonisten agieren. Die Hauptkritik am Interessengruppenansatz zielt darauf, daß diese Gruppen keine organisatorische Kohärenz und Repräsentativität besitzen und nicht über die Autonomie und die Möglichkeit verfügen, ihre Interessen in regelten Bahnen artikulieren zu können. Zudem würden Konflikte lediglich auf der „Königsebene“, in den Spitzen der Machtapparaturen wahrgenommen. Solche Konflikte müßten eher unter der Rubrik „bürokratische Politik“ behandelt werden²⁸⁾. Festzuhalten bleibt, daß der Interessengruppenansatz auf die „politischen Interessengruppen“ und damit auf bestimmte Intelligenz- und Elitengruppen beschränkt bleibt. Die Lebenswelt und die Interessenlagen der verschiedenen Gruppen der Bevölkerung bleiben ausgeblendet — und damit, wie die Entwicklung der letzten Jahre zeigt, entscheidende Faktoren potentieller gesellschaftlicher Konflikte. Die polnischen Ereignisse der Jahre 1980/81 oder die Bedeutung kirchlicher Aktivitäten in der DDR sprechen dafür, den Interessengruppenansatz zu erweitern, die Entstehungsbedingungen, Rolle und Funktion informeller Gruppen und ihr Verhältnis zu formalisierten bürokratischen Interessengruppen einer genaueren Analyse zu unterziehen.

Mit der Untersuchung patrimonialer Beziehungen, des Verhältnisses von Führungspersonal und Klienten und den Mechanismen sozialer Statusvergabe wird versucht, diesem Dilemma zu entgegen. T. Harry Rigby sieht darin eine faktische Ergänzung der bürokratiethoretischen Ansätze²⁹⁾. Traditionelle Verhaltensweisen und Normen gegenseitiger Verpflichtung und Abhängigkeit würden in die neuen Bürokratien eingebracht und schafften ein Geflecht informeller Beziehungen.

Die stalinistische Bürokratie als Patrimonialbürokratie neuen Typs konstituierte nicht nur

²⁸⁾ Zur neueren Diskussion vgl. die Diskussion unter dem Titel „Pluralism in Communist Societies: Is the Emperor Naked?“ in: *Studies in Comparative Communism*, 12 (1979) 1.

²⁹⁾ T. H. Rigby, *The Need for Comparative Research*, in: *Studies in Comparative Communism*, 12 (1979) 2/3, S. 204ff.; vgl. auch die anderen Beiträge zum „Clientelism“ in diesem Heft.

ein neues Verhältnis zwischen Führern und innerbürokratischen Klienten, sondern auch andere kulturelle Verhaltensmuster zwischen Bürokratie und gesellschaftlicher Klientel, zwischen Eliten und Massen. Umstritten ist, ob die nationalen Traditionen oder die gemeinsamen politisch-ideologischen Grundlagen der kommunistischen Bewegungen einen entscheidenderen Einfluß auf die konkrete Ausformung patrimonialer Beziehungen ausüben. Damit ist auch die Frage nach den Bestimmungsfaktoren der politischen Kultur der sowjetsozialistischen Länder gestellt.

3. Politische Kultur

Die sozialistischen Staaten werden oft als „Zielkulturen“ begriffen, die die Legitimität bestehender Strukturen und Prozesse eliminieren oder unterminieren und sie durch neue Muster ersetzen³⁰⁾. Sie enthalten eine utopische Vorstellung von zukünftiger Gesellschaft, wie sie von der Partei formuliert werden. Dieser „goal-culture“ wird eine „Transferkultur“ gegenübergestellt; sie stellt die Normen zur Verfügung, die die politischen Wege bestimmen, auf denen die letzten Ziele der Gesellschaft erreicht werden sollen. Diesen Zusammenhang hat mit anderer Terminologie bereits Martin Drath im Rahmen seines Konzepts totalitärer Herrschaft als Durchsetzung eines neuen Wertesystems bezeichnet³¹⁾.

Da sich auch osteuropäische Wissenschaftler des Begriffs „Politische Kultur“ bedienen, ist die Frage um so interessanter, welches der spezifische Charakter einer neuen politischen Kultur kommunistischer Bewegungen vor und nach ihrer Machtübernahme sei. A. G. Meyer kommt zu dem Ergebnis, daß die „Sowjetkultur“ in der UdSSR eine „Synthese von marxistisch-leninistischer Kultur und russischer Kultur“ sei. Wichtig ist sein Hinweis, daß kommunistische Bewegungen, ob an der Macht oder nicht, sich „den Zwängen der Kultur, innerhalb derer sie operieren“, stellen müßten. „Kommunismus kann als ein wohlereogener und systematischer Versuch angesehen werden, eine neue Kultur aufzubauen. Jede Revolution zerstört ein altes System und baut ein neues auf. Was den Kommunismus von anderen gegenwärtig existierenden Sy-

³⁰⁾ Vgl. G. A. Almond, *Communism and Political Culture Theory*, in: *Comparative Politics*, 15 (1983) 2, S. 127; ferner G. A. Almond/S. Verba (Ed.), *The Civic Culture Revisited*, Boston 1980.

³¹⁾ Vgl. M. Drath, *Totalitarismus in der Volksdemokratie*, Einleitung zu E. Richert, *Macht ohne Mandat. Der Staatsapparat in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands*, 2. erw. Aufl. Köln–Opfaden 1963.

stemmen oder Bewegungen zu unterscheiden scheint, ist seine Fähigkeit, ein dauerhaftes neues System zu etablieren, mit neuen Institutionen, mit anderen Verbindungen zur Bevölkerung, neuen Formen der Partizipation, mit einer neuen Autorität und anderen Methoden der Legitimation — kurzum, einer neuen Kultur.“³²⁾

Ein von Archie Brown und Jack Gray herausgegebener Sammelband über „Political Culture and Political Change in Communist Systems“ zeigt recht deutlich das Dilemma dieses Ansatzes³³⁾. Die Autoren versuchen, das Verhältnis zwischen dem Prozeß der politischen Sozialisation und der politischen Kultur, von politischer Kultur und politischen Subkulturen, die Auswirkungen des Standes der sozialökonomischen Entwicklung auf die politische Kultur und schließlich das Verhältnis von politischer Kultur und politischem Wandel zu ergründen. Die Bedeutung jeder einzelnen Frage ist nicht zu übersehen; ihre Beantwortung aber ist enttäuschend. Wenn als Indikatoren für die Mobilisierungsfähigkeit des Regimes die Teilnahme an Wahlen, für den Zusammenhang von politischer Kultur und politisch-sozialem Wandel der Urbanisierungsgrad, die industrielle Produktion, der Anteil der Industriearbeiter, Bildungsniveau, die Anzahl der Autos und Waschmaschinen und die Auflagenhöhe der Zeitungen als Beleg angeführt werden und daraus geschlossen wird, daß sich die Sowjetunion zu einer industriellen Gesellschaft mit einer industriellen politischen Kultur entwickelt habe, wird klar, daß neben fehlender Präzision des Begriffs Politische Kultur seine normative Verhaftung mit den Sichtweisen westlicher Gesellschaften (Wahlen, Autos, Waschmaschinen), der westlichen „civic culture“ seinen analytischen Wert erheblich mindert. Gleichwohl ist der heuristische Vorteil einer Nutzung einzelner Kategorien des political-culture-Ansatzes kaum zu übersehen. Die in allen sozialistischen Ländern eher zunehmende Diskussion über sozialistische Moral, das Wesen und die Entwicklung sozialistischer Persönlichkeiten, sozialistische Einstellungen und Verhaltensweisen deutet darauf hin, daß der zentrale Aspekt dieses Ansatzes, die relative Resistenz und Dauerhaftigkeit von „traditionellen“ und neuen subkulturellen Einstellungen und Verhaltensweisen, ein nicht zu unterschätzendes Konfliktpotential in diesen

Gesellschaften bilden³⁴⁾. Auf die Frage nach den Ursachen dieser Erscheinungen zu verzichten hieße, sich einer zusätzlichen Möglichkeit des Einblicks in den Zusammenhang und die Funktionsweise sozialistischer Systeme zu begeben.

4. Analyse von Konflikt- und Problemlagen

Vergegenwärtigt man sich die Themen, die die marxistisch-leninistische Soziologie und die westlichen Beobachter in den letzten Jahren in den Mittelpunkt ihrer Analyse gestellt haben, so lassen sich diese in fünf Komplexen zusammenfassen:

1. Die Folgen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und der Veränderungen der industriellen Arbeit, die Auswirkungen neuer Technologien auf die Arbeitsbedingungen und Arbeitsorganisation, die Qualifikationsanforderungen und Einstellungen der Arbeitskräfte.
2. Die sozialstrukturellen Veränderungen angesichts sozio-ökonomischer Rahmenbedingungen und des Einflusses wissenschaftlich-technischer Veränderungen auf alle Lebensvollzüge, vor allem den Arbeitsprozeß.
3. Die Auswirkungen auf soziale Gruppen, die — wie die Jugendlichen — noch nicht oder — wie die Rentner — nicht mehr im Arbeitsprozeß stehen, und auf die Struktur und Funktion der Familie.
4. Die Folgen für Einzelpolitiken: die Organisation des Planungsprozesses, Agrarpolitik, Regionalplanung, Kulturpolitik, Gesundheitspolitik usw.
5. Die Auswirkungen der gesellschaftlichen und politischen Veränderungen auf das Denken und Handeln der Menschen.

Sowohl die Policy-Analyse als auch eine politische Soziologie müssen bei der Untersuchung dieser Probleme beachten, daß es sich 1. um z. T. systemübergreifende Fragen handelt, die jedoch in den verschiedenen Systemen unterschiedlich gelöst werden, daß es sich 2. um Fragen handelt, die die Struktur der Länder des „realen Sozialismus“ berühren, da sie eng mit der gesamtgesellschaftlichen Problemlösungskapazität dieser Länder verbunden sind, und daß 3. die politischen, ökonomischen und ideologischen Grundlagen dieser Länder mitreflektiert werden müssen,

³²⁾ A. G. Meyer, Communist Revolutions and Cultural Change, in: Studies in Comparative Communism, 5 (1972) 4, S. 345 ff.

³³⁾ A. Brown/J. Gray (Ed.), Political Culture and Political Change in Communist States, London-Basingstoke 1977.

³⁴⁾ Vgl. A. M. Mallinckrodt, Wanted: Theoretical Framework for DGR Studies. For Sale: A System/Functional Approach, in: GDR Monitor, 10 (1983/84), S. 12 ff.; Comparative Communist Political Culture, in: Studies in Comparative Communism, 16 (1983) 1/2, S. 9 ff.

da ein Großteil dieser Probleme auch Ergebnisse des gesellschaftlichen Lenkungs- und Planungsprozesses sind³⁵).

Man kommt auch nicht umhin, sich jeweils neu mit den Konstitutionsbedingungen der sozialistischen Systeme auseinanderzusetzen, mit ihren gesellschaftlichen und politischen Zielprojektionen, mit ihren Vorstellungen einer den historischen Gesetzmäßigkeiten folgenden planmäßigen Entwicklung der Gesell-

schaft, ihrer Herrschaftskonzeption und den spezifischen historischen Bedingungen und kulturellen Traditionen, die den Prozeß des Aufbaus des Sozialismus beeinflussen. Doch kann hinter einer solchen Sichtweise, die sich bemüht, systemare, regionale, historische und kulturelle Besonderheiten ernst zu nehmen, nicht die Einsicht verlorengehen, daß es sich bei den angesprochenen Problembereichen um allgemeine Fragen industrialisierter Gesellschaften handelt.

III. Vergleichende Kommunismusforschung — Probleme und Perspektiven

Unter dem Einfluß der angelsächsischen Diskussion versteht sich die Kommunismusforschung in den beiden letzten Jahrzehnten — zumindest intentional — als vergleichende Forschung. Das Schwergewicht hat sich in dieser Zeit vom Ost-West-Vergleich oder intersystemaren Vergleich (wie etwa bei Brzezinski/Huntington) auf intrasystemare Vergleiche des „comparative communism“ verlagert, wobei es in aller Regel empirisch gesättigte Länder- oder Regionalstudien waren, die die empirische Basis für einen solchen Vergleich lieferten.

Der Systemvergleich bietet eine Reihe von Vorteilen, bringt aber auch erhebliche methodische Probleme mit sich. Am deutlichsten sind sie beim Ost-West-Vergleich. Die Gegenüberstellung der politischen Systeme, der Struktur und Funktion des Staates, der Parlamente, der Rolle der Parteien, Verbände, Massenorganisationen, ebenso wie der Vergleich der normativen und rechtlichen Grundlagen erfordert eine Antwort auf die Frage, ob die gleichen Institutionen, Organisationen und rechtlichen Regelungen ohne weiteres vergleichbar sind, haben sie doch in den verschiedenen Systemen fundamental andere Aufgaben und Funktionen.

Vielversprechender ist da schon ein Vergleich von Problemlagen, wie Fragen des ökonomischen Wachstums, des Umweltschutzes, der Urbanisierung, der Stadtentwicklung usw. Hier handelt es sich um symmetrische Probleme, die sich nicht zuletzt aus dem in beiden Systemen favorisierten Konzept stetigen Wachstums ergeben.

Es geht um die Analyse symmetrischer Probleme in einem unsymmetrischen politisch-

ökonomischen, sozialen und ideologischen Kontext. Die bisherige Forschung krankt daran, daß sie entweder den Aspekt der Symmetrie einseitig betonte und isoliert behandelte, wie in den modernisierungstheoretisch geprägten Studien, oder aber diesen Aspekt sträflich vernachlässigte und sich — wie die totalitarismustheoretischen Arbeiten — auf den politisch-ideologischen Überbau konzentrierte. Dringliche Aufgabe der Forschung ist die Integration beider Sichtweisen.

Einige dieser Probleme stellen sich bei intrasystemaren Vergleichen nicht, doch bleibt auch hier zu berücksichtigen, daß die verschiedenen sozialistischen Länder Osteuropas, die UdSSR, die DDR und erst recht sozialistische Entwicklungsländer wie China, Vietnam, Korea oder Kuba erhebliche Unterschiede im Entwicklungsstand, der Industrialisierung der Gesellschaft, der Kultur, der Tradition und der politischen Kultur aufweisen, die es zu berücksichtigen gilt, soll nicht der falsche Eindruck eines monolithischen Blocks entstehen, der in der Realität nicht vorfindbar ist. Diese Probleme sind in der von der Systemtheorie maßgeblich beeinflussten Diskussion über den Systemvergleich eher vernachlässigt worden. In jüngster Zeit scheint sich hier für den Bereich der Kommunismusforschung ein Wandel anzubahnen³⁶).

In der Bundesrepublik ist die Forderung nach einer vergleichenden Analyse der sozialistischen Systeme und nach einem Ost-West-Vergleich am deutlichsten von Peter Christian Ludz vertreten worden; realisiert hat sie bislang nur Klaus von Beyme mit einem umfassenden Werk über „Ökonomie und Politik im Sozialismus“³⁷). Beyme benennt drei poli-

³⁵) Als Beispiel für eine so verstandene Policy-Analyse vgl. K. v. Beyme/H. Zimmermann (Ed.), *Policy-making in the German Democratic Republic*, Aldershot 1984.

³⁶) Vgl. F. H. Eidlin, *Soviet Studies and „Scientific“ Political Science*, in: *Studies in Comparative Communism*, 12 (1979) 2/3, S. 133 ff.

³⁷) K. v. Beyme (Anm. 4).

tisch relevante Bereiche der Gesellschaft, die Produktionssphäre, die Distributionssphäre und die Legitimations- und Sicherungssphäre, denen er vier Zielbereiche (Redistribution, Effizienz, Protektion, Partizipation) und bestimmte policies (materielle Politiken) zuordnet. Beyme hat damit — eine freilich noch recht abstrakte — Verkoppelung der verschiedenen Bereiche der Gesellschaft, von politischen Zielvorstellungen und politischen Handlungsbereichen vorgenommen, die er für eine vergleichende Analyse der sozialistischen Systeme verwendet. Er hat in seine Typologie auch Aspekte des diese Systeme prägenden Selbstverständnisses und der von ihnen formulierten Ziele eingebracht, deren Berücksichtigung notwendig ist, um die politischen und sozialen Vorgänge in den sozialistischen Ländern bewerten zu können.

Trotz aller — letztlich wohl kaum zu beseitigenden — methodischen Probleme gewährleistet nur eine vergleichende Sicht der sozialistischen Systeme die notwendige Verallgemeinerung theoretischer Aussagen. Aus Länderstudien allein können sie nicht gewonnen werden. Das Dilemma jeder vergleichenden Untersuchung wird hier deutlich: Die fundierte empirische Analyse ist Sache von Spe-

zialisten, die zwar „ihr“ Land kennen, darüber hinaus aber nur über allgemeine Kenntnisse verfügen. Da längerfristige Forschungsprojekte mit einer Vielzahl von Länderspezialisten und Vertretern unterschiedlicher Disziplinen nicht bestehen oder allenfalls in Ansätzen erkennbar sind, beschränkt sich der empirische Vergleich sozialistischer Systeme in der Regel auf eine parallele Darstellung von Fakten, die im günstigsten Falle von einer gemeinsamen Fragestellung strukturiert werden.

Angesichts dieser Probleme erscheint eine Forschungsstrategie sinnvoll und erfolgversprechend, die 1. eine Fortsetzung und Intensivierung empirisch fundierter area-studies gewährleistet, die 2. stärker als bisher die neuen und alten Konflikt- und Problemlagen dieser Länder unter dem Aspekt ihrer sozialen Entstehungsursachen und ihrer politischen Bewältigung thematisiert und die hochentwickelte Systemanalyse durch eine intensivere Policy-Analyse ergänzt und schließlich 3. auch Länder- und Regionalstudien mit einer vergleichenden Perspektive betreibt, wohl wissend, daß die Gemeinsamkeiten der Systeme sowjetischen Typs so groß sind wie ihre Unterschiede.

Richard Löwenthal: Die nachrevolutionäre Ära in der Sowjetunion und in China

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 31/84, S. 3—15

In Hinblick auf die Entwicklung der führenden kommunistisch regierten Staaten sind zwei Hauptzüge erkennbar, die sich im geschichtlichen Verlauf verschlungen haben:

Ein Hauptzug beruht auf dem ursprünglich „totalitären“ Charakter dieser Systeme und auf der Legitimation der Machtfülle durch ein utopisches Endziel, dessen versuchte Verwirklichung immer neue „Revolutionen von oben“ erfordert. Der Konflikt zwischen diesem Versuch der Institutionalisierung der Revolution und dem unvermeidlichen Bemühen um die wirtschaftliche Modernisierung der kommunistisch regierten Staaten hat sowohl in der Sowjetunion wie in China zum Erlöschen der institutionalisierten Revolution geführt. In diesem Sinne leben beide kommunistisch regierten Großmächte heute in einer nachrevolutionären und insoweit auch nachtotalitären Ära, ohne Tendenzen zu einer Liberalisierung zu zeigen. Der andere Hauptzug beruht auf der Tatsache, daß die kommunistischen Bewegungen und Staaten zwar nicht durch ihre Ideologie auf die despotische Allmacht eines Führers festgelegt sind, daß aber die innerparteilichen Konflikte um den Vorrang der institutionalisierten Revolution oder der ökonomischen Modernisierung in der Sowjetunion zur Erhebung Stalins und in China zum Versuch einer Erhebung Mao Zedongs zum Despoten geführt haben. In beiden Ländern ist das institutionelle Primat der Partei nach dem Tode des Despoten oder Despotie-Kandidaten wiederhergestellt worden. In beiden ist auch der Übergang zu einer endgültig nachrevolutionären Phase erst nach dem Ende der despotischen oder quasi-despotischen Periode möglich geworden. In beiden ist die Frage noch offen, wieweit die nachrevolutionäre Einparteiherrschaft die Gefahr einer Stagnation vermeiden kann.

Siegfried Jenkner: Entwicklung und Stand der Totalitarismusforschung

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 31/84, S. 16—26

Mit dem Überblick von den Ursprüngen des Totalitarismusbegriffs bis zu den gegenwärtigen Diskussionen soll gezeigt werden, daß dieser Forschungsbereich ein durchaus „normales“ Schicksal wissenschaftlicher Erkenntnis hat. Er entsteht in der Zwischenkriegszeit, weil die neuartigen Diktaturen in Rußland, Italien und Deutschland mit den Kategorien der herkömmlichen Herrschaftsformenlehre nicht mehr angemessen erfaßt werden können. Die Herausforderung der westlichen Demokratien durch diese neuen politischen Systeme verschafft der Totalitarismustheorie eine zeitweilig herausgehobene Stellung in der politischen Systemvergleichsforschung. Veränderungen des Untersuchungsgegenstandes, Verlagerungen des Forschungsinteresses sowie neue Erkenntnisse der Detailanalysen bewirken den üblichen Prozeß des wissenschaftlichen Erkenntnisfortschritts: Modifizierungen der Theorie, Relativierung ihrer Bedeutung, Konkurrenz mit anderen Erklärungsmustern. Für ihren gegenwärtigen Stand ist bemerkenswert, daß sie sowohl in der innersozialistischen Diskussion über die politischen Systeme des „realen Sozialismus“ als auch in der Kritik der westlichen Gesellschafts- und Staatsentwicklung wieder stärkere Beachtung findet.

Gert-Joachim Glaebner: Neue Konzepte der Kommunismusforschung

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 31/84, S. 27—39

In den letzten Jahren wird erneut darüber debattiert, mit welchen Methoden und welchen Fragestellungen die Länder des Sozialismus sowjetischen Typs zu analysieren seien. Da sie heute keinen kohärenten Block mehr darstellen, stellt sich die Frage, ob die zu beobachtende Fragmentierung und Diversifizierung des Kommunismus mit den alten Makrokonzepten noch hinreichend genau beschrieben werden kann.

1. Der Totalitarismusansatz der fünfziger Jahre wurde in den sechziger und siebziger Jahren durch eine Vielzahl „modernerer“ Ansätze abgelöst, die zugleich aber auch beanspruchten, allgemein gültige Aussagen über alle sozialistischen Länder machen zu können. Diese wurden als Modernisierungsregime oder als Industriegesellschaften beschrieben und es wurde eine Anpassung und Einpassung dieser Systeme an die Bedingungen einer modernen industriellen Gesellschaft konstatiert.
2. Die mangelnde Prognosekraft dieser Theorie führte zu neuen Sichtweisen und Fragestellungen der Probleme wie Bürokratisierung, Aufkommen und Verhalten verschiedener Interessengruppen, Fragen der politischen Kultur und neue Konflikte, die sich aus dem rapiden sozialen und gesellschaftlichen Wandel ergeben.
3. In jüngster Zeit wird immer mehr die Notwendigkeit einer vergleichenden Untersuchung der Probleme betont, die für alle hochindustriellen Gesellschaften an Brisanz gewinnen, für deren Lösung die verschiedenen gesellschaftlichen Systeme aber unterschiedliche Lösungen anbieten. Es wäre die Aufgabe der Forschung, die neuen und alten Konfliktlagen der sozialistischen Länder unter dem Aspekt ihrer sozialen Entstehungsur-sachen und ihrer politischen Bewältigung in einer vergleichenden Sicht zu untersuchen.